

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

162 (15.7.1918)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Abgabe: 1.10 M. wöchentl. 3.30 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 8-1/2 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Kolonelle od. deren Raum 20 g. Fluganzeigen billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größ. Aufträge nachm. zuvor. — Druck u. Verlag: Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Die allgemeine Kriegslage.

Von Richard Gädke, früherer Oberst.

Der Vorstoß unserer Verbündeten über die Piave, der am 15. Juni begann, ist nunmehr liquidiert. Die Oesterreich-Ungarn haben in der Nacht vom 5. zum 6. Juli auch die Zuzüge der Piavemündung geräumt und befinden sich somit auf der ganzen Front vom Montello bis zum Meere wieder auf dem Ufer des Flusses. Auch an der Gebirgsfront haben sie die am 15. und 16. Juni genommenen Stellungen nicht voll behauptet, sondern unter dem Drucke starker italienischer Gegenangriffe aufgeben müssen, die durch französisch-englische Armeekorps unterstützt wurden. Die Kämpfe haben bis in die letzten Tage mit Erbitterung fortgedauert. Man muß es den Italienern lassen, daß sie sich diesmal von einer anderen Seite gezeigt haben wie im vergangenen Herbst; ihre Angriffe sind mit Schwung begonnen, und mit Zähigkeit durchgeführt worden. Auch die oberste Führung durch den neuen Befehlshaber General Diaz ist offenbar eine festere, entschlossener und geschicktere gewesen als es die Cardonias war. Der Erfolg der Italiener, wie groß oder wie klein er sei, und ob auch durch die Naturgewalten begünstigt, wird nicht verfehlen, die Zuversicht und die Brauchbarkeit des Heeres zu stärken, wie er trotz aller Not der Ernährung den Kriegswillen des Volkes jedenfalls den Kriegswillen der Kreise, die das Heft in Händen haben, neu aufgeschauelt hat. Damit müssen wir uns abfinden; solche Erscheinungen zehrt jeder kriegerische Erfolg nach sich, auch dann, wenn er im wesentlichen keine Verbesserung der eigenen Lage gebracht, sondern nur einer Verflüchtigung vorgebeugt hat.

Ob die Italiener verjagt werden, nunmehr zu einer Ergänzung im positiven Sinne, das heißt zum eigenen Angriff auf das Ufer der Piave zu schreiten, muß abgewartet werden. Ich habe schon einmal ausgeführt, daß die positiven politischen Ziele der Italiener ihren Angriff eigentlich zur zwingenden Voraussetzung haben. Denn fremdes Land kann man nicht wohl erobern, so lange man im eigenen Lande festhalten muß — man wolle es denn als Geschenk aus der Hand der Bundesgenossen empfangen. Andererseits haben die Italiener in den dreiwöchentlichen Kämpfen mehr Leute — auch an Gefangenen — eingebüßt als die Oesterreicher und Ungarn, jedoch die Stärkeverhältnisse sich keineswegs zu ihren Gunsten geändert haben. Der Schrei nach amerikanischer Hilfe ist daher verständlich. Nun sollen ja Truppen der Vereinigten Staaten in den letzten Tagen in Genua gelandet sein; bis sie aber eine ins Gewicht fallende Zahl erreicht haben, muß eine beträchtliche Zeit vergehen. Und bis dahin kann bereits eine ganz neue Lage entstanden sein.

Welche Aussicht hat übrigens Italien, durch die Siege der Franzosen und der Engländer in den West- und „unerlösten“ Ländern zu gelangen? Bis jetzt haben diese selbst an der Westfront schwer um ihr eigen Dasein gekämpft und sie sehen mit erwartungsvoller Spannung, nicht frei von heimlicher Besorgnis, den nächsten Wochen entgegen. Sie vermuten einen neuen deutschen Angriff größten Umfangs, sind sich aber im ungewissen, wohin sich seine Spitze oder seine Spitzen richten werden, da die Versammlung unserer Massen ihnen keine Anhaltspunkte bietet. In solcher Lage wird sich der Verteilung eines geschickten Angreifers gegenüber stets befinden; er steht sich in eine Unsicherheit verwickelt, die auch auf die Stimmung seiner Truppen drückt und ihnen außerordentliche Anstrengungen auferlegt. Diesem Uebelstande zu begegnen, gibt es nur ein Mittel: das ist der eigene Angriff, mit dem man dem Gegner zuvorkommen und mitten in seine Vorbereitungen hineinzuwachen muß. Zu diesem Verfahren haben sich die Gegner nicht zu entschließen vermocht. Allerdings haben sie in der letzten Zeit täglich härtere oder schwächere Vorstöße gemacht, zum Teil nennenswerter Streitkräfte, jedoch man zwar nicht von Schlachten aber doch von heftigen Gefechten und Treffen sprechen kann.

So haben die Franzosen und Amerikaner am 1., 5. und 6., 7. Juli westlich Chateau Thierry, die Engländer am 2. Juli südlich Arras, am 4. beiderseits der Somme und östlich Ypern, am 5. westlich Langemark, am 8. beiderseits des La Bassée-Kanals, die Franzosen am 3. Juli zwischen Diké und Mäse — alle ohne Erfolg oder mit geringstem Raumgewinn — angegriffen. Aber das sind nur Verlegenheitsunternehmungen, weil man zur großen, die Entscheidung ersehenden Schlacht sich nicht aufzuraffen vermochte. Diese Vorstöße sind, ebenso wie die aus der zweiten Hälfte des Juni, ihrem Gedankengange nach verfehlt, weil sie die allgemeine Lage nicht zugunsten unserer Gegner zu ändern vermochten. Der durch sie im günstigsten Falle zu erreichende Erfolg war ein örtlich zu beschränkter und konnte auf die Pläne einer künftigen Heeresleitung keinen Einfluß gewinnen. Somit gestalteten sich alle diese Vorstöße zu zwecklosen Blutopfern, die der nervösen Unruhe unserer Gegner entsprangen. Sie dienen nur dazu, uns ihre wahre Stimmung zu erschleiern und ihre Hilfslosigkeit zu beweisen. Sie gehen hervor aus der Ratlosigkeit der Unfähigkeit und nicht aus der Tapferkeit; sie zeigen andere Kräfte, als die, mit der Poffre in der zweiten Augusthälfte 1914 unserem Angriffe durch Belgien hindurch zu begegnen vermochte. Der Name hat gewechselt, der Geist ist geblieben. Daran dürfen wir unversehrt zuversichtlich für die

kommenden Zeiten schöpfen. Wir wollen nie vergessen, daß auch England und Franzosen, gerade so wie die Italiener, für die siegreiche Entscheidung des Weltkrieges sich nicht mehr auf ihre eigene Kraft, sondern nur noch auf die Hilfe Amerikas verlassen. Darin allein liegt bereits ein außerordentlicher Erfolg unseres vierjährigen Ringens. Und vielleicht legen jene ein volles Vertrauen auch nicht mehr auf Amerikas Waffenstärke und suchen gerade darum die Russen aufzuwecken mit allen Mitteln in den Krieg zu ziehen.

In Albanien sind die letzten Tage etwas lebhafter gewesen. Während die Kämpfe in Mazedonien das bekannte Hin und Her kraftlosen Stellungskrieges zeigen, haben die Gegner anscheinend nach Eintreffen vermehrter griechischer Zuzüge die dadurch freigeordneten Truppen auf ihrem linken Flügel verammelt. Nachdem zunächst die Franzosen westlich der großen Seen im Stambul- und Dendritale vorzugehen vermocht hatten, sind neuerdings die Italiener von Valona aus mit starkem Westflügel zum Angriffe angetreten. Unsere Bundesgenossen haben demgegenüber ihre Vortruppen auf die Hauptstellung zurückgezogen. Die Kämpfe sind wohl noch nicht abgeschlossen; sie verdienen immerhin unsere Aufmerksamkeit.

Je weniger glänzend die feindliche Kriegsführung im Westen erscheint, um so mehr müssen wir auch als Gegner die Grobheit der politisch-militärischen Leitung durch die englische Regierung anerkennen. Die Beisehung von Madonist durch japanische Bataillone, die Bewegungen der tschechoslowakischen Truppen längs der sibirischen Bahn, die Landung englischer Abteilungen in Archangel und an der Murmanküste, die Feldzüge in Mesopotamien und in Palästina, wie es scheint auch englische Unternehmungen in Persien, sind alles Zeichen einer wohlgefügten Kette, die uns trotz Unfriede des Ostens einschütern soll. An der Hartnäckigkeit des englischen Willens, den Vorkrieg zu erneuern, läßt sich nicht zweifeln. Nur unsere militärische Kraft wird diese Kette sprengen können. Das weitere wird dann der Staatskunst zufallen, wenn sie an Augenmaß und Zielsicherheit die englische erreicht.

Deutscher Tagesbericht.

W.B. Großes Hauptquartier, 14. Juli. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Auf dem Westufer der Aare tagsüber rege Artillerietätigkeit. Am Abend lebte sie auch an der übrigen Front in Verbindung mit Erkundungsgesechten auf.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Dertliche Kämpfe am Walde von Billers-Cotteteris. Nach starker Artillerievorbereitung griff der Feind am Abend westlich von Chateau-Thierry an. Er wurde blutig abgewiesen. Das nächtliche Störungsfeuer war zeitweilig lebhaft.

Bei aufklärendem Wetter stehen unsere Bombengeschwader zu nächtlichen Angriffen gegen die feindlichen Bahnanlagen an der französischen Küste zwischen Dünkirchen-Boulogne-Abbeville, im Raume bei Billers-St. Pol-Doullens, sowie in der Gegend von Crepy-en-Valois und Billers-Cotteteris vor.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

W.B. Wien, 14. Juli. (Amtlich) wird verlautbart: Zwischen dem Gardasee und der Etica war beiderseits das Geschützfeuer sehr lebhaft. An der venetianischen Gebirgsfront hat sich die Gefechtsintensität wieder gesteigert. Gestern waren auf dem Sajo Rosso unsere Sicherungstruppen feindliche Erkundungsabteilungen zurück. Heute früh griffen italienische Bataillone von Asiago und nördlich des Monte di Balbello an. Auch ein Gefecht am Westhang des Brentaals endete zu unseren Gunsten. In Albanien fühlen die Gegner allmählich gegen unsere neue Widerstandslinie vor. Im Devolital wurde eine französische Schwadron abgewiesen.

Kleine Kriegsnachrichten.

W.B. Großes Hauptquartier, 13. Juli. (Amtlich.) Im Juni wurden an den deutschen Fronten 468 feindliche Flugzeuge, davon 92 durch unsere Flugabwehrgeschütze und 62 Fesselballone abgeschossen. Hieron sind 217 Flugzeuge in unserem Besitz; der Rest ist jenseits der gegnerischen Stellungen erkennbar abgestürzt. — Wir haben im Kampfe 153 Flugzeuge und 51 Fesselballone verloren.

Berlin, 14. Juli. Nach Meldungen aus dem Haag sind die Verhandlungen zwischen Deutschland und England so gut wie abgeschlossen. Sie haben zu einem befriedigenden Ergebnis geführt. Die Delegationen werden voraussichtlich heute abreisen können. Die Ratifizierung sollte so rasch wie möglich erfolgen, jedoch mit dem Gefangenenaustausch bereits in den nächsten Wochen begonnen werden kann.

W.B. Athen, 12. Juli. (Nicht amtlich.) Der französische General Gramat ist zum Generalstabchef der griechischen Armee ernannt worden.

W.B. Berlin, 14. Juli. (Nicht amtlich.) Englische Flieger haben wiederum auf Brügge Bomben abgeworfen, die Opfer unter der Bevölkerung forderten und erheblichen Gebäudeschaden anrichteten.

W.B. Paris, 14. Juli. (Nicht amtlich.) Meldung der Agenoe Gavas. Pranting besuchte gestern einen Teil der französischen Front und erklärte dem „Temps“, er lehre mit guten Eindrücken zurück. Er habe bei den Truppen einen ausgezeichneten Geist gefunden und sei besonders glücklich gewesen, seine ehemaligen schwebischen Landsleute, die Amerikaner geworden seien, zu sehen.

Die Lage in Russland.

Berlin, 14. Juli. Ueber Nord-Norwegen wird in der „Rossischen Zeitung“ gesagt: Nach in Alexandrowsk eingelaufenen Nachrichten soll General Riggel, der Befehlshaber über die von Murman aus operierenden aliierten Landstreitkräfte ausreisen sein. In Alexandrowsk sind drei weitere britische Transporte eingelaufen, die außer zwei Regimentern Territorialen mehrere Schwadronen, sowie sechs Feldbatterien an Bord hatten. In Kandalakich, Kem und Paradowst sind ordentliche Werksbetriebe errichtet, die der örtlichen Bevölkerung beim Eintritt in die aliierten Truppen 150 Rubel per Mann und Monat versprechen.

Berlin, 14. Juli. Laut „Berliner Lokalanzeiger“ meldet die Wiener Korrespondenz „Rundschau“: Moskauer Blätter erklären: Das Vorgehen Englands deutet darauf hin, daß von dieser Seite ein ernstes Schlag gegen das revolutionäre Russland geplant werde. Allgemein sei man der Ansicht, daß man sich am Vorabend eines russisch-britischen Krieges befindet. Die Sowjetregierung treffe alle Vorbereitungen, um vor Ueberrassungen gesichert zu sein. Roman Wetscherny Tschah, dessen Beziehungen zur englischen Politik als notorisch gelten, spreche von argem Pessimismus in Petersburger Kreisen, weshalb den in Umlauf befindlichen Gerüchten von einem bevorstehenden Abbruch der Beziehungen zwischen Russland und der Entente oder doch Englands erhöhte Bedeutung beizumessen sei.

Paris, 14. Juli. (W.B. Nicht amtlich.) Sabas-Meldung. Der Ballungsausschuß der sozialistisch-radikalen Partei empfing Kerenski, der erklärte, er betrachte Russland als noch immer im Kriegszustand mit Deutschland befindlich und fordere alle Völker der Entente auf, Russland zu helfen und ihm eine kleine Anzahl von Truppen zu senden, vor allem aber Munition zukommen zu lassen. Nur so könne das Land aus seiner feindlichen Lage gerettet werden; doch heiße es, sich zu eilen. In drei Monaten werde es vielleicht zu spät sein.

London, 13. Juli. (Neuter.) „Daily Mail“ erfährt aus Charkow vom 12. Juli, daß der russische General Komtel zum Provinzialvorsitzenden von Sibirien ernannt wurde mit dem Programm, die Verträge der Entente wieder in Geltung zu bringen, eine biszuplinierte Armee dort zu errichten und die Eigentumsverhältnisse wieder herzustellen.

Versuche zur Revolutionierung der Schweiz.

Berlin, 14. Juli. (Privatmeldung.) Der Schweizerische Bundesrat beschloß, der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ zufolge, in der gestrigen Sitzung, den Kantonsregierungen Mittel in die Hand zu geben, um den Bestrebungen zur Revolutionierung der Schweiz entgegenzutreten. In letzter Zeit häuften sich bekanntlich die Ausschreitungen in den verschiedenen Landesteilen. Nach den Unruhen in Zürich ereigneten sich Tumulte in Basel, Lugano, neuerdings auch in Biel. Man glaubt in weiten Kreisen, daß diesen Vorgängen ein System zugrunde liegt, wobei besonders auch ausländische revolutionäre Elemente ihre Hand im Spiele haben. Die Kantone werden in Zukunft befugt sein, öffentliche Versammlungen, Anzüge, Demonstrationen jeder Art von der polizeilichen Genehmigung abhängig zu machen, Ansammlungen zu verbieten, Agitationen durch Druckschriften zu untersagen und ein Verbot des Waffentragens zu erlassen, worin Strafbestimmungen vorgesehen sind, die Gefängnis bis zu 2 Jahren, aber auch scharfe Bestimmungen gegen Ausländer aufweisen, gegen die auf Landesverweisung erkannt werden kann.

Flandern und Wallonien.

W.B. Brüssel, 14. Juli. (Nicht amtlich.) Der im März zusammengetretene besondere Ausschuß zur Verteidigung Walloniens nimmt in einer Erklärung die jüngste Kundgebung des Rates von Flandern zum Anlaß, um auch vom wallonischen Standpunkt aus die Notwendigkeit zu betonen, zwischen Flandern und Wallonien eine weitgehende kulturelle und politische Scheidung durchzuführen. Unter dem Hinweis auf die gegenseitige Abhängigkeit müsse aber das Ergebnis nicht die Trennung zweier völlig voneinander losgelöster Staaten, sondern die Bildung eines föderativen Staates sein. In internationaler Beziehung hätten Wallonien und Flandern selbst ein Interesse daran, den Gedanken an einen wirtschaftlichen Krieg nach dem Kriege zurückzuweisen.

Seit...
Kaiser-Allee
heinstr. 18, Gabel
1, Schillerstr.
34, 94, 243, Amalie
ldstr. 64, Jollystr.
cke), Wilhelmstr.
helmstr. 5, Gabel
46;
auptstrasse 15;
ststrasse 6;
Wirthstrasse 6;
Langstrasse 38.
abak
ing Marke
dländer“
em Tabak und
erlaubten Ge
für Wieder
erläufer 4181
ete zu etwa
M. 30.—
stverbraucher
M. 14.—
nd durch
achnahme
utmann
u O 27 N.
achen
et Volkstheater
lung
Hans
homa-Str.
4183
7 Uhr.
a 20 Pfg.
raft
gstrasse
s 10 Uhr.
age
leisch —
ionen
e.
Adler.
Karlsruhe.
Delorteur hier
lthen von Eise
ent von die
ger, geb. Stal
uraufseher hier
Kall von Wang
eb von Mag
beamtet hier
Josef Hierhöf
ine Nichtenberg
n, Schumacher
tenheim.
Ehefrau von
e 28 Tage all
alt, Witwe von
5 J. alt, Stam
Peru, Marie
cker.

Die Salzburger Verhandlungen.

In der alten schönen Mozartstadt Salzburg sind seit wenigen Tagen Vertreter Oesterreich-Ungarns und Deutschlands zur Verhandlung der aus der Idee eines engen wirtschaftlichen Zusammenhanges auftauchenden Probleme versammelt.

Deutschland ist durch Unterstaatssekretär Dr. von Körner vertreten, der schon unter Bülow als geschickter Unterhändler und guter Kenner des Zolltarifs im Vordergrund stand, dann durch den Ministerialdirektor Lujonsky und Geheimrat Stodmann.

Schon die beschränkte Zahl der Delegationsmitglieder, das Fehlen repräsentativer Vertreter der Reichsleitung, weist darauf hin, daß das Arbeitsgebiet von vornherein sehr eng abgesteckt wurde. Zunächst wurde nur an die Aufstellung eines Arbeitsprogramms gedacht, so daß sachlich wichtige Beschlüsse in nächster Zeit überhaupt nicht gefaßt werden dürften. Aber auch wenn diese Vorarbeiten bewilligt und die eigentlichen Beratungen aufgenommen sind, dürften die Ziele nicht allzu weit gesteckt und manche voreilige Entschlüsse enttäuscht werden. In Salzburg soll Mitteleuropa noch nicht begründet werden, es soll nur formale, allerdings sehr wichtige Vereinbarlichkeiten im Zollgesetz, Zollschema, Zollverfahren, im gewerblichen Rechtsschutz, der Statistik und den See- und Schiffsverkehrsverhältnissen durchgeführt werden.

Von österreichischer Seite werden an die beginnenden Beratungen allerdings weitgehende Hoffnungen geknüpft, die vielleicht auch von wohlmeinenden Zeitungschreibern der Bevölkerung als Trost in den Nöten dieser Tage zugebracht sind. Oesterreich-Ungarn scheint tatsächlich den vollen Verkehr mit Lebensmitteln im Rahmen Mitteleuropas vorgeschlagen zu haben. Leider wird nicht gesagt, wie hoch die österreichisch-ungarische Regierung den gemeinsamen Getreidezoll gegen das Ausland plant und wie sie sich zu der volkswirtschaftlich so notwendigen Angleichung der agrarischen Balkanländer stellt. Die nachdrückliche Befürwortung einer agrarischen Hochschulpolitik durch den einflussreichen Grafen Tisza im ungarischen Abgeordnetenhaus mahnt zur Vorsicht. Dagegen scheint in Oesterreich wenig Lust zu einem durchgreifenden Abbau der industriellen Hölle zu bestehen. Als Geltungsdauer für das Abkommen wird eine Frist von 20 Jahren geplant; nach je 5 Jahren soll der Vertrag durchgesehen werden. Außerdem machen in Oesterreich immer neue Hoffnungen auf eine baldige Hilfe Deutschlands zugunsten der österreichischen Währung auf, die um 50 Prozent entwertet ist. Da aber Deutschland mit seiner eigenen Währung sehr viel zu tun hat, das Problem überdies aufs engste mit dem staatlichen und privatwirtschaftlichen Kredit zweier bisher doch recht verschiedener Wirtschaftskreise zusammenhängt, so eilen diese Erwartungen den Tatsachen wohl voraus. Die wirtschaftliche Annäherung steht im engsten Zusammenhang mit der politischen Wertung des deutsch-österreichischen Bündnisses, mit dem lebhaften Wunsch, die alte Donaumonarchie politisch, wirtschaftlich und militärisch voll bündnisfähig zu sehen, mit der Neugestaltung Oesterreichs und Ungarns, mit der Beilegung der verwüstenden nationalen Kämpfe, mit der Lösung der polnischen und südslawischen Frage. Diese außerordentliche Kompliziertheit und weittragende Bedeutung der auftauchenden Probleme mahnen zur Vorsicht, besonders da starke Interessengruppen Mitteleuropa zu einem Vollen ihrer rücksichtslosen und selbsttätigen Politik machen wollen.

Die Sozialdemokratie wird vor diesen großen Widerständen nicht kapitulieren und ihren Einfluß daran setzen, die Idee Mitteleuropas, die in der Zeit der großen Wirtschaftskrisen so nahe liegt, vor Verfälschungen zu bewahren. Noch näher gilt, was Dr. Renner im Verlaufe der Verhandlungen zwischen den deutschen und österreichischen führenden Parteigenossen am 9. Januar 1918 ausführte: Die Bourgeoisien schließen keine sozialistische Gemeinschaft miteinander, sondern eine Kapitalgemeinschaft. Sie schließen die Gemeinschaft, um die Arbeiterkraft, um ein Wirtschaftsgebiet auszubehüten. Aber was an uns liegt, müssen wir tun, um zu verhindern, daß eine historische Notwendigkeit ausgebeutet werde, ausschließlich im Interesse einer profitgierigen kapitalistischen Bourgeoisie.

Ausland.

Arbeitslosenfürsorge in der Schweiz. Der vom Bundesrat eingesetzte Arbeitslosenfürsorgeausschuß hat kürzlich folgende Vor-

Petersburger Straßenbilder.

Aus Stockholm wird uns geschrieben: Einem Privatbrief eines in Petersburg lebenden Schweden aus der Bourgeoisie entnimmt „Nya Dagligt Allehanda“ lebendige Schilderungen des dortigen Tageslebens. Sie sind recht pessimistisch. Zwar kann man von persönlicher Unsicherheit nicht sprechen. Der Briefschreiber jagt darüber: „Aufrichtig gesagt, war ich bisher keiner persönlichen Gefahr ausgesetzt. Wohl wird man oft von Rotgardisten aufgegriffen, aber ich bin immer losgelassen worden, sobald ich meinen Paß gezeigt hatte.“ Ohne Paß ist es indes nicht ratsam, auszugehen, denn dann mardert man in den Arrest, wo man der Väterplage der Gefahr des Flecktyphus und anderer Unannehmlichkeiten ausgesetzt ist. „Im übrigen ist bei Tag und Nacht alles ruhig und friedlich. Auch für die, die der Bourgeoisie und Oberklasse angehören. Die „Lobartische“ sind merkwürdig höflich. Gehen sie jemand angehalten und den Paß eingesehen, bitten sie um Entschuldigung für die Belästigung und steht man ihnen im Weg, bitten sie, daß man so lebenswürdig sei, fortzugehen usw. (Hier sei bemerkt, daß das in Stockholm in französischer Sprache erscheinende Organ der rechtssozialistischen Gruppen „Echo aus Rußland“ in einem Hinweis des Stockholmer Korrespondenten des „Vormärts“ auf eine ganz ähnliche Meinung eines neutralen Sozialisten über das Aufhören des Räuberumwelts in Petersburg den Anlaß zu einer künstlich aufgeregten Polemik gefunden hat. Als ob das Interesse der Demokratie verlangte, alle die Schweregeschichten zu unterzeichnen, die die sozialistischen und die bürgerlichen Gegner der Bolschewiki in Rußland dem so genügend langen Sündenregister der Bolschewiki anhängen.) Dagegen ist das Verfahren der Rotgardisten gegen wirkliche Verbrecher weniger formell. Es hat sich eine wahre Synchjustiz ausgebildet, mit all ihrer furchtbaren Strenge, aber auch mit all ihrer Grausamkeit und blinden Leidenschaft. Der Briefschreiber hat mehreren solchen Exekutionen beigewohnt. Das einmal sah er einen Mann im Kanakowasser, der in Angst hüllte, während ein Soldat auf der Brücke stand und auf ihn schob. Allerdings traf keiner der

schliche angenommen: Die Fürsorge bezieht sich auf die Lohnarbeiter privater gewerblicher Unternehmungen, die einen Zeit- oder Stücklohn bis zu 14 Fr. täglich verdienen. Ist eine Betriebs-einschränkung nötig, so soll der Unternehmer nicht zu Arbeiterentlassungen, sondern zur Arbeitszeitverkürzung greifen. Beträgt die Arbeitszeitverkürzung höchstens 5 Stunden wöchentlich oder 10 v. H. der normalen Arbeitszeit, so ist der Unternehmer nicht verpflichtet, die Arbeiter für die verlorene Arbeitszeit schadlos zu halten. Beträgt jedoch die Kürzung bis 60 v. H. der normalen Arbeitszeit, so zahlt der Unternehmer neben dem normalen Lohn für die geleistete Arbeit einen Zuschlag, der zusammen mit dem Lohne höchstens 90 v. H. des normalen Arbeitslohnes ausmacht. Beläuft sich die Kürzung der Arbeitszeit auf über 60 v. H. oder wird der Betrieb ganz eingestellt, so wird die Vergütung an die Arbeiter für die arbeitslose Zeit zu einem Drittel vom Unternehmer, zu einem Drittel vom Wohnortskanton des Arbeiters und zu einem Drittel vom Bunde bezahlt. Der Arbeiter ist jedoch inzwischen verpflichtet, zugewiesene angemessene Arbeit anzunehmen, sonst verfällt der Anspruch auf Fürsorge. Streitfälle werden von einem Schiedsgericht, bestehend aus drei Unparteiischen und je zwei Vertretern der Arbeiter und der Unternehmer, entschieden.

Soldatenmishandlungen in Dänemark. Verschiedene in Dänemark vorgekommene Soldatenmishandlungen im Heere und in der Marine, die in mehreren Fällen mit Selbstmord der Gequälten endigten, haben in Kopenhagen zu großen Demonstrationen Veranlassung gegeben. Besonders hoch ist die Erbitterung in Arbeiterkreisen gestiegen wegen eines in diesen Tagen verübten Selbstmordes eines Matrosen der dänischen Flotte, der von seinen Vorgesetzten zu Unrecht des Diebstahls beschuldigt und wiederholt gequält und bestraft wurde. Diese traurigen Vorkommnisse haben besonders die Syndikalistten ausnützen wollen. So veranstalteten sie einen großen Straßenumzug, an dem über 3000 Personen teilnahmen, und wollten vor die Wohnung eines der vorgelegten Offiziere dieses Matrosen ziehen, um dort ihrem Willen Ausdruck zu geben. Einem großen Aufgebot der Polizei gelang es aber, die Demonstrierenden auseinanderzutreiben, wobei es mehrfach zu Tätlichkeiten kam. Vom sozialdemokratischen Jugendverband Dänemarks wurde ebenfalls eine große, von über 5000 Personen besuchte Protestversammlung unter freiem Himmel veranstaltet, in der mehrere sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Anreden hielten und sich scharf gegen die Soldatenmishandlungen wandten. — Die Versammlung beschloß eine Resolution, die die Offiziere und das System, die die Verantwortung für die letzten Soldatenmishandlungen tragen, verdammt. Die Arbeiterklasse wird zum unermüdbaren Kampf gegen den Militarismus aufgefordert. Zunächst müsse die militärische Rechtspflege abgeschafft und die ganze Neutralitätsfrage entlassen werden. Auch im dänischen Parlament werden diese Vorkommnisse zur Sprache kommen, da von radikal wie von sozialdemokratischer Seite an den Verteidigungsminister Anfragen in dieser Sache gerichtet worden sind.

Deutsches Reich.

Patriarchalischer Raub am Vereinsrecht. In Reichenbach bei Guskirchen wollten die Kriegsbeschädigten sich als Ortsgruppe des Reichsbundes zusammenschließen, erhielten aber auf die Versammlungsanmeldung folgenden Bescheid:

Reichenbach, 22. Juni 1918. Von einer zwanglosen Versprechung der Kriegsbeschädigten herabsetzt am 30. Juni zum Zwecke einer Vereinsgründung verspreche ich mir nichts. Die hier zur Zeit in Frage kommende Zahl ist gering. Es besteht hier und in fast allen Landgemeinden ein Kriegereverein, der die heimkehrenden Krieger mit offenen Armen empfangen und sich deren Interessen mit Eifer annehmen wird, falls das nicht schon, wie zu erwarten steht, von den beteiligten Behörden geschieht wird.

Der Bürgermeister. Da sieht man, was Herr Dr. Drems mit seinem jüngsten Erlaß über Kriegsbeschädigtenvereine angerichtet hat. Drems hat gemeint, seine Verfügung damit entschuldigen zu können, daß die Behörden doch mühten Auskunft geben können, wenn Kriegsbeschädigte sie wegen der verschiedenen Vereine um Rat fragten. Uns scheint es, als ob die Behörden viel öfter recht unbefragt den Kriegsbeschädigten ihren Rat aufzudrängen suchen.

fünf Schüsse und der Mann erkrankt einfach. Es handelte sich in diesem Fall um einen von drei Dieben, die in einer Wohnung ertrapt worden waren. Zwei hatten entweichen können, der dritte wurde vor zusammengelaufenem Volk in den Kanal geworfen, wobei der erkrankte Soldat „amtschwebend“ eingriff. Am Tage darauf waren es zwei Diebe, die in einem Laden ergriffen worden waren. Auch sie wurden in den Kanal geworfen und wieder war ein dienstwilliger Soldat da. Er ersahob den einen, der andere stehle um sein Leben und bot sich an, den Aufenthalt anderer Diebe zu verraten. Darauf wurde er mit einem Bootshaken herausgezogen. Was weiter geschah, weiß der Briefschreiber nicht.

Nicht besser als den Dieben geht es Lebensmittelverkäufern. Der Briefschreiber sah einen Mann, der Konfekt um zwei Rubel für das Stiefel verkauft hatte, gleichfalls in den Kanal werfen. — Daß bei diesem Verfahren auch Unschuldige das Opfer der Volkswut werden, ist unvermeidlich. Der Briefschreiber erzählt darüber noch Zeitungsbereichten einen Fall, wo eine alte Frau in der Straßenbahn ihr Geldtäschchen verlor und der Verdacht sich auf einen der Fahrgäste konzentrierte, der denn auch sofort von Soldaten erschossen wurde. Eine Stunde später fand die Frau das Geldtäschchen. Sie hatte die Unflughheit, das den Mitfahrenden zu bekennen. Das Ende war, daß ein Soldat die Frau abführte.

Besonders drastisch schildert der Briefschreiber die vollständige Unfähigkeit zur Organisation, die sich bei der neuen roten Armee und bei der Feuerwehr zeigt. Bei dieser mangelt die Autorität ebenso wie die Pflege des Materials und die Vorkommen bieten das Bild einer traurigen Kaslofigkeit und Unfähigkeit. Die acht Bataillone der neuen Armee, die sich in Petersburg befinden, ermangeln jeder militärischen Disziplin. Immerhin sind einige Offiziere aus der alten Armee in sie eingetreten — um der Probe willen. Im übrigen geht es den früheren Offizieren so schlecht wie nur denkbar. Viele bringen sich als Bekleidungsverkäufer fort. Auch Frauen aus der Bourgeoisie handeln mit Konfekt und Papierblumen auf der Straße. Viele vor dem wohlhabenden Leute verkaufen ihre Einrichtung, um Geld für Nahrung zu haben. Anderen freilich ist

Eine Stadt unter Anklage.

In dem von der Staatsanwaltschaft am Landgericht II in Berlin gegen den Neuföllner Magistrat eingeleiteten Strafverfahren wegen Höchstpreisübertretung und ähnlicher Verstöße gegen die Kriegswirtschafts-Berordnungen ist den Angeklagten Stadträten Vier und Adam und den Stadtschreibern Boigs, Sievert, sowie den Kaufleuten Barwick, Kerstian und Stein-Schwab die Anklageschrift überreicht worden. Sie umfaßt 11 Seiten und legt besonders Gewicht auf den Ankauf und die unberechtigte Vermahlung von Saatgut. Besonders soll Roggen, Hafer, Gerste, Weizen, Weiden und Bohnen vermahlen und der Bewirtschaftung entzogen worden sein. Der städtische Lebensmittelanführer Stein-Schwab wird beschuldigt, vor seiner Tätigkeit in Neufölln der Stadt Köpenick Dienste geleistet zu haben. Einem der angeklagten Magistratsbeamten wird auch vorgeworfen, Geldgeschenke angenommen zu haben, ein Teil der Anklage, der mit der gegen die Stadt gerichteten Aktion in einem sehr loien Zusammenhang steht und wahrscheinlich abgetrennt werden wird.

In einer sofort nach Zustellung der Anklageschrift zusammengetretenen Sitzung der Neuföllner Volkskommission wurde allgemein zugegeben, daß die Vermahlung von Saatgut hätte gechehen müssen zur Aufrechterhaltung der Volkswirtschaft. Die juristische Beurteilung der Anklageschrift geht dahin, daß das positive Material äußerst dürftig ist und daß der Staatsanwalt viel mit Vermutungen arbeite. Auch die Rechtslage sei unklar, da Zweifel darüber obwalten, ob die angeklagten Magistratsmitglieder für die Verstöße der Kriegswirtschaftskommission strafrechtlich haftbar seien. Wie wenig sich der Verfasser der Anklageschrift über die städtische Organisation klar geworden sei, zeige der Umstand, daß in der Anklageschrift die Kriegswirtschaftskommission als eine „Unterkommission des Magistrats“ bezeichnet werde. Ob der Staatskommissar für Volksernährung auf die Angelegenheit Einfluß genommen habe, wird bezweifelt, obwohl er seinerzeit den Regierungspresidenten angelassen hat, die Beamten der Stadt zu Zeugnisaussagen zu veranlassen.

Kommunalpolitik.

Reform der Gemeindeordnung in Preußen. Die Bürgervereine der Provinz Hannover beschränkte sich kürzlich mit der Reform der Gemeindeverfassung. Sie ging von der Grundanschauung aus, daß die Zeit für provinzielle Städteordnungen vorüber sei und aus der Reform eine allgemeine Städteordnung für die ganze Monarchie hervorgehen müsse. Dementprechend sei die hannoversche Bürgergemeinde zu ersehen. Das Wahlrecht sei in Einklang zu bringen mit der Aenderung des Wahlrechts zum Abgeordnetenhaus und die Zuständigkeit der Bürgervereine auf den bewährten Bestimmungen der öffentlichen Städteordnung auszubauen. Die Bestrebungen des Preussischen Städtetages auf Einschränkung der Staatsaufsicht und auf Kommunalisierung der von den Magistraten zu verwaltemen sogenannten Staatsangelegenheiten (Polizei, Schule) sollen unterstützt und besonderes Gewicht gelegt werden auf die Erhaltung der Zuständigkeiten der sogenannten selbständigen hannoverschen Städte.

Gegen die Wohnungsnot. Die Stadtverordneten von Dortmund und bewilligten 3 063 900 Mark zur Bekämpfung der schon bestehenden und noch kommenden Wohnungsnot. Zwei Millionen entfallen auf Zuschüsse für die Fertigstellung stillgelegter Wohngebäude und neuer in bestimmter Frist fertigzustellenden Wohngebäude.

Soziale Rundschau.

Eine Rundgebung für Kleinwohnungen mit Gärten. In Mannheim fand eine stark besuchte öffentliche Vortragsveranstaltung statt, die von den verschiedenen Bürgervereinen, dem Hausfrauenbund und mehreren sozialen Vereinen einberufen war. Herr Dr. Wittel aus Karlsruhe sprach über die Bekämpfung von Kleinwohnungen mit Gärten. Die Wohnungsnot, welche die durch den Krieg geschwächte Volkskraft in gefährlichster Weise

es gelungen, Bargeld zu verstecken. Die Banken dürfen nur 500 Rubel im Monat auszahlen. Das reicht aber kaum für eine Woche. Die Probantanzuführen sind gering und werden immerzu von den Behörden für die „Soldaten und Arbeiter“ requiriert. Das wenige, das in den Läden zu finden ist, wird von Arbeitslosen, die sich in der Nacht einstellen, zu Bucherpreisen weiterverkauft. So wird die Stimmung im Volk immer vergrimmelter. Die ganze Volkswirtschaft ist in Todeszuckungen. Der Bauer hat nicht, die Fabriken liegen still, nur die Geldbesitzer arbeiten rastlos. Und die Spekulation, der Wucher, blühen wie nie zuvor.

So lautet diese Schilderung, der allerdings weniger verdächtige, die von ernsthaften Veruchen eines wirtschaftlichen Neuaufbaus sprachen, gegenüberstehen. Vielleicht haben die einen wie die anderen recht. Rußland ist groß. Aber es ist wenig wahrscheinlich, daß für die Reform noch genügend Zeit und Kräfte vorhanden sind. Die Aufgabe ist ungeheuer und allzu zahlreich sind die Elemente, die sich verschworen haben, sie zu bereinigen.

Wie Peter Rosjeger in die Literatur kam.

Gelegentlich seines 70. Geburtstages erzählte Rosjeger in seinem Heimgarten von Dr. Ad. Swoboda, dem Redakteur der Grozener Tagespost, dem er die erste entscheidende Förderung seines Talents verdankt. „Als ich ein Handwerkerjunge im Waldgebirge“, berichtet er, „im Jahre 1864 Gebichte zur gütigen Beurteilung“ nach Groz geschickt hatte, „rückmlich an eine andere Adresse, kam die Sendung in die Hände des Chefredakteurs der „Tagespost“, Adalbert Swoboda, von dessen Erfindung ich natürlich keine Ahnung hatte. Einige Zeit nachher kam ins Waldland zu mir folgender Brief: „Groz, 22. März 1864. Geehrter Herr! Ich habe Ihre Gebichte gelesen und finde, daß Sie eine vortreffliche Begabung besitzen, die eine sorgfältige Pflege verdient. Ich will mehrere Ihrer Gebichte veröffentlichen und auf Sie das Publikum aufmerksam machen. Früher müssen Sie mir jedoch genau und freimütig mitteilen, wo und wie Sie die Anregung zum Dichten erhalten haben, dem in

bedacht, mach...
den militäri...
den Bauhoffe...
Geld. Bei de...
Lösung der...
Wesle diese...
dem Reich, de...
zustüsse usw...
Stadt und...
wie sich in...
keln zu g...
Geben n...
handt durch...
hundert werde...
wette der ne...
Führungsw...
liche Zuschüsse...
zu decken wä...
wäre zu biete...
gute käme...
W a u o r g a n...
in Betracht...
sei es, sich...
gemeinnützig...
Veranlassung...
entten Mann...
reichen Unter...
ansprechend...
sprache, an d...
Richt, Stadtp...
Beteiligen. D...
öffentlichen...
Gärten mit 5

Sozial.

Wir woll...
insbesondere...
han zu mache...
und Ver p...
fomites: M...
wenden. D...
keine Folge...
sich. M a n n h...

4 Millia.

Am Bun...
fer, Genera...
Präsident...
Vor Ein...
Sch u u Bert...
des Innern...
meerkorps...
genur für die...
allgemeiner...
Nach Erle...
des Brannt...
Eine gro...
Wahsprache...
Bei § 157 (R...
Abg. Sch...
Brennante...
darf, solange...
nem die Lieb...
überläßt.

ein Dorf...
gelesen haben...
Sie in Ihre...
nau Ihre M...
genäh an...
Zinnen abged...
den. Welche...
Lebensstellung...
Sie ganz offe...
fessor Dr. M...
Wie un...
dieser Mann...
dewo angebe...
mein Erden...
Empfang des...
ten — die h...
mer Gegend...
Aufreise nach...
lorbe mitgen...
ich Groz und...
sendes Gepr...
„Wo Sie...
Schriften gesch...
Dichten wohl...
„Wieder h...
hoer ichreibe...
„Wenn E...
schreiben?“...
Weiß ni...
Klofen, weil...
„Sie sind...
„Das ist...
„Gesäll...
„D, ganz...
„Möchte...
andere lerne...
„Am lieb...
Beitung hmei...
Der Dokt...
In etwas un...

bedroht, made umgehend Unternehmungen notwendig, welche eine sofortige Inangriffnahme der Neubautätigkeit ermöglichten. Neben den militärischen Maßnahmen zur Freigabe von Arbeitskräften und Baustoffen handle es sich um geeignetes Gelände und billiges Geld. Bei der außerordentlichen Wichtigkeit einer befriedigenden Lösung der Wohnungsfrage für die Zukunft des deutschen Volkes dürfe hierbei an den Mitteln nicht gespart werden. Neben dem Reich, das sich zur Vergabe erheblicher Geldmittel für Bauzwecke usw. bereit erklärt hat, müssen vor allem der badische Staat und die Gemeinden sowie die öffentlichen Körperschaften usw. sich in beträchtlichem Umfang an der Aufbringung von Mitteln zu günstigen Bedingungen für die Neubautätigkeit beteiligen. Ebenso wie die unerträgliche Steigerung der Mieten überhaupt durch eine Genehmigungspflicht für Mieterhöhungen verhindert werden müsse, sei auch notwendig, das Steigen der Mietpreise der neuen (und alten) Häuser zu verhindern, indem die schrittweise 100prozentige Baukostenverteuerung, durch öffentliche Zuschüsse, zum größten Teil aus Kriegsmitteln des Reiches zu besteuern wäre. Für die solcher Art erbauten Häuser sei die Gewähr zu bieten, daß diese Besitztümer reiflos den Wohnungnehmern zugute käme. Deshalb kämen in erster Linie gemeinnützige Bauorganisationen für die Bautätigkeit nach dem Kriege in Betracht. Eine vaterländische Pflicht aller Wohnungnehmer sei es, sich durch genossenschaftliche Selbsthilfe an der gemeinnützigen Erstellung von Wohnungen zu beteiligen. — Die Verammlung richtete daher an alle Arbeiter, Angestellte und Beamten Mannweins das dringende Ersuchen, sich einer der zahlreichen Unternehmungen der Wohnungsfürsorge in Mannheim anzuschließen. — An den Vortrag knüpfte sich eine rege Aussprache, an der sich auch private Bauunternehmer, Stadtbaurat Pflüch, Stadtpfarrer Dr. Lehmann, Prof. Wendling und andere beteiligten. Die Versammlung gestaltete sich zu einer einmütigen öffentlichen Kundgebung für den Bau von Kleinwohnungen mit Obeten mit öffentlicher Unterstützung.

Sozialdemokratische Partei Baden.

Wir wollen nicht veräumen, alle Parteitagsteilnehmer, insbesondere die gewählten Vertreter, erneut darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich wegen Beschaffung von Quartier und Verpflegung sofort an die Adresse des Lokalkomitees:

M. Ethwein, Dissenburg, Zellerstraße,

wenden. Diejenigen Genossen, welche dieser Aufforderung keine Folge geben, bleiben bei der Quartierbeschaffung unberücksichtigt.

Mannheim, den 5. Juli 1918.

Der Landesvorstand. J. A.: Karl Gahn.

4 Milliarden Steuern u. 15 Milliarden Kriegskredite.

Berlin, 13. Juli.

Am Bundesratssitzung: v. Bahr, Graf Rödern, Schiffstet, General v. Ribberg.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung 10.20 Uhr. Vor Eintritt in die Tagesordnung legt der sächsische Oberst Schulz Verwahrung ein gegen eine bei der Beratung des Etats des Innern vom Abg. Haase gegen den Jenzuraffizier des 19. Armeebataillons erhobene persönliche Beleidigung aus Anlaß der Jenzuraffizier für die „Veipziger Volkszeitung“. Der Offizier erbeute sich allgemeiner Hochachtung.

Nach Erledigung von Petitionen wird sodann in die 3. Lesung des Branntweinmonopols eingetreten.

Eine große Reihe von Paragraphen wird ohne wesentliche Aussprache nach den Beschlüssen der 2. Lesung angenommen. — Bei § 157 (Verkehrsbeziehung für Kornbranntwein) beantragt Abg. Schwarze-Rippstadt (Zentr.) eine Veränderung, wonach Kornbranntweinversteuern nicht in den Handel gebracht werden darf, solange die Verwaltung einer Vereinigung von Kornbranntweinnern die Uebernahme und Verwaltung des Kornbranntweins überläßt.

einer Fortschule erhält man sie nicht, und welche Gedichte Sie gelesen haben. Schiden Sie mir auch Ihre Erzählungen (die Sie in Ihrem Briefe erwähnten) ein und geben Sie mir genau Ihre Adresse und jetzige Beschäftigung ganz der Wahrheit gemäß an. Ich möchte gern etwas für Sie tun. Was von Ihnen abgedruckt wird, soll honoriert, das heißt bezahlt werden. Vielleicht wird sich jemand finden, der Ihnen eine bessere Lebensstellung antweist. Schreiben Sie mir bald und seien Sie ganz offen gegen Ihren Jhnen aufrichtig ergebener Professor Dr. A. Swoboda, Redakteur der „Tagespost“.

Wie unendlich mehr, als der gültige Brief andeutet, hat dieser Mann für mich getan! Ich muß einiges, was schon anderswo angedeutet ist, hier sachlich wiederholen. Es ist für mein Erdenleben so wichtig geworden. Wenige Monate nach Empfang des Briefes sandte ich ihm fröhlich alle meine Schriften — die bekannten fünfzehn Bände. Ein alter Bauer meiner Gegend, der eines Waldprozesses wegen die 18stündige Fußreise nach Prag machte, hatte sie in einem großen Budele für mich mitgenommen. Im Herbst desselben Jahres besuchte ich Prag und stand selber von Dr. Swoboda. Da gab es folgendes Gespräch:

„Wo Sie sind der Mann, der mir den Korb voll Handkräften geschickt hat? Manchmal nehmen Sie bei Ihrem Dichten wohl Bücher zu Hilfe?“

„Bücher hab ich halt mit gar viel, deswegen will ich mir über schreiben.“

„Wenn Sie Bücher hätten, würden Sie auch dann noch schreiben?“

„Weiß nit. Zimmer einmal kam ich abends halt mit ein Korb, wenn ich nit ein wenig dichten tu.“

„Sie sind Lehrling bei einem Bauernschneider?“

„Das ist gewiß.“

„Gehalten Ihnen das Handwerk?“

„D. ganz gut, aber können tu ich halt noch nit gar viel.“

„Möchten Sie nicht lieber in die Stadt kommen und was anderes lernen?“

„Am liebsten wärs mir halt wenn etwas von mir in die Zeitung hineingedruckt werden tät.“

Der Doktor zuckte mit dem Kopf zurück, wie immer, wenn ich etwas unangenehm berührte.

Die Abstimmung hierüber blieb zweifelhaft. Der Hammelsprung ergibt mit 117 gegen 107 Stimmen Ablehnung des Antrages — Bei § 252b (Aufwendungen für Wohlfahrts- und wirtschaftliche Zwecke) beantragt der

Abg. Dr. Müller-Meinungen (F. Sp.), dem Reichskanzler zur Bekämpfung der Trunksucht und des Alkohols statt vier Millionen Mark nur eine Million Mark zur Verfügung zu stellen.

Abg. Rumm (D. Fr.) bittet, es bei dem Betrage von vier Millionen Mark zu belassen.

Abg. David (Soz.) wendet sich ebenfalls gegen die Herabsetzung des Betrages.

Abg. Riel (F. Sp.): Die Vorredner wissen selbst nicht, wofür sie die vier Millionen Mark verwenden wollen.

Abg. Graf Posadowski-Wehner (D. Fr.): Ich bitte, den Antrag abzulehnen. Zur Alkoholfekämpfung muß etwas Durchgreifendes getroffen werden.

Abg. Wurm (U. Soz.): Wir lehnen den Antrag, wenn auch vier Millionen nicht ausreichen, ab. Das Monopol bringt dem Reich auch Pflichten. Am besten wäre es, wenn es überhaupt nichts einbrächte.

Die Abstimmung bleibt zweifelhaft. Der Hammelsprung ergibt 109 für die Herabsetzung des Betrages und 117 dagegen. Es bleibt also bei vier Millionen Mark.

Zum letzten Absatz des § 252b, in dem 16 Millionen Mark Rückvergütung für Arzneialkohol festgesetzt sind, beantragt Abg. Kretsch (Koni.) einen Zusatz, wonach den Krankenkassen und den knappschaftlichen Krankenkassen für jedes Mitglied im Jahre mindestens 60 Pfg. als Rückvergütung zu gewähren sind.

Der Antrag findet Annahme.

Das Branntweinmonopol wird hierauf gegen die Stimmen der Polen und der beiden sozialdemokratischen Fraktionen im ganzen angenommen.

Reichschatzsekretär Graf Rödern: Mit diesem Beschluß stehen wir am Ende einer weittragenden Gesetzgebung. Sobald werden wir den Weg dieser Steuern nicht noch einmal zu gehen haben. Es ist große Arbeit geleistet und dabei ein neues Werk der Gesetzgebung erreicht worden, von dem wir Tragfestigkeit und Haltbarkeit erwarten. Mit diesen Gesetzen ist unsern Ansehen Sicherheit beruhen worden. Neue Gesetze machen ist keine dankbare Arbeit. Sie haben sich damit den Dank des Volkes und der verbündeten Regierungen erworben. Der Reichskanzler hätte gerne persönlich diesen Dank ausgesprochen, er hat aber im Großen Hauptquartier wichtige Besprechungen. Aufrechter Dank geht auch den Ausschußvorsitzenden, wie den Berichterstattern. Alle Mitglieder waren Schwerarbeiter. (Heitere Zurufe.) Auf die Beamten fällt bei der Ausführung der Gesetze eine schwere Last. (Bravo.)

Präsident Fehrenbach spricht dem Staatssekretär für seine Worte den Dank des Hauses ein, in den er auch das Bureau des Hauses einzuziehen bittet.

Sodann werden restliche Etats in dritter Lesung erledigt.

Staatssekretär Graf Rödern teilt mit, daß im Herbst eine Beamtenentlohnungszulage gewährt werden soll.

Eine Resolution Grüber (Zentr.) auf Einsetzung eines Ausschusses für Sozialpolitik wird angenommen.

Es folgt die zweite Lesung der Kreditvorlage.

Berichterstatter Abg. Pflüch (F. Sp.): Ueber die Ausschussberatung ist durch die Presse ausgiebig berichtet worden. Der Ausschuß hat mit allen gegen zwei Stimmen die Kredite bewilligt. Damit ist dem Volke durch seine Vertreter bekundet worden, daß diese bereit sind, auszufahren und Opfer zu bringen bis zum ehrenvollen Frieden. (Lebhafte Bravo!)

Abg. Ebert (Soz.):

Wir bedauern aufs tiefste, daß das fürchterliche Blutvergießen im Westen und Süden noch fortbauert. Das deutsche Volk ist erfüllt von ehrlichem Friedenswillen, und auch die deutsche Regierung hat von neuem ihren Friedenswillen erklärt. (Zustimmung.) Wohl gibt es in Deutschland einzelne Kreise, die durch Aufstellen phantastischer Kriegsziele den Kriegstreibern der Entente Vorwand leisten. (Sehr richtig! links.) Diese Kreise aber sind nicht das deutsche Volk. (Sehr richtig! links und im Zentrum.) Daß die Politik der deutschen Annerkennung nur eine kleine Minderheit unseres Volkes hinter sich hat, würde für alle Welt in der Stunde ungewisselt werden, in der die Völker der Entente ihre Regierungen dazu bewegen könnten,

„Nieder, junger Petrus!“ sagte er dann. „Bevor Sie etwas geben können, müssen Sie noch sehr viel nehmen. Daß ich in Ihrem Briefe etwas abdrucke, geschah nur, um Gönner zu suchen, die Sie ausbilden lassen möchten. Haben Sie erst etwas Nützliches gelernt, dann reden wir weiter vom Dichten. — Sie sind den langen Weg nach Graz zu Fuß gekommen?“

„Und will morgen wieder heim.“

„Einstweilen ja. Aber doch nicht zu Fuß, doch auf der Eisenbahn.“

„Das tragt halt nit!“

„Denn Sie werden ein großes Bündel mitnehmen. Ich gebe Ihnen Bücher mit.“ Er wies auf einen Stoh, der auf dem Tische lag. „Merken Sie auf! Diese Bücher mit dem roten Umschlag lesen Sie, um zu sehen, wie Sie nicht dichten sollen und die gebundenen lesen Sie, um zu sehen, wie man machen soll. Nachschreiben auch diese nicht, nur den Geschmack damit bilden.“ (Die ersteren, einige neue Romane, wie sie zu Besprechungen an Zeitungen geschickt zu werden pflegen, die letzteren Klassiker.)

Als die Bücher in ein großes Bündel gebunden waren, sagte Swoboda zu mir: „Dann noch etwas, Petrus! Ihre Tade, die Sie anhaben, ist soweit zwar ganz sauber, aber etwas zu dünn für schlecht Wetter. Erlauben Sie!“ Damit zog er seinen schwarzen Rock mit dem roten Seidenfutter aus, so daß er einen Augenblick in Hemdärmeln war, bis er in ein Hauskleid schlüpfte. Den Rock hat er mir an den Leib gestreift. „Geben Sie bloß acht, daß Sie nichts verlieren, in der Brusttasche haben Sie ein kleines Portefeuille!“

Als ich nachher die Treppe hinabstieg, war ich doch begierig, was das ist — ein Portefeuille.

Das war meine erste Begegnung mit diesem Manne, der es buchstäblich zustande brachte, für seinen Nächsten den Rock auszugeben und hinzugeben.

In darauffolgenden Winter bin ich durch sein unaußgesprochenes Bemühen nach Graz gekommen und er ist dem fremden, armen, unbehilflichen Menschen viele Jahre lang in unerwarteter Treue Stab und Stern gewesen. Denn es hat Mühe gekostet, diesen jungen, ungeschulten, blöden Burden soweit zu bürt er und striegeln, bis er sich zur Not aufzeigen konnte.

sich auch ihrerseits zu Friedensverhandlungen bereit zu erklären. (Sehr richtig!) Nach der Erklärung einer solchen Friedensbereitschaft würde das deutsche Volk nimmermehr dulden, daß Friedensverhandlungen an Eroberungsforderungen oder irgendwelchen wirtschaftlichen politischen oder finanziellen Vergewaltigungsabsichten scheitern. (Zustimmung.) Aber die Regierungen und die Parlamente und leider auch die Arbeiterparteien in den Entente Staaten (Sehr richtig!) haben bisher eine solche Friedensbereitschaft vermissen lassen. (Sehr richtig!) Die gegnerischen Staatsmänner haben sich auch in ihren letzten Kundgebungen zu Kriegszielen bekant, die die politische und wirtschaftliche Unabhängigkeit Deutschlands aufs schwerste beeinträchtigen würden. (Allseitige Zustimmung.) Sie verkünden immer wieder von neuem den Kampf bis zum Ende und sie betören ihre Völker durch die Täuschung, daß die Wirtschaftskraft Deutschlands erlahmen müsse und der Krieg in absehbarer Zeit mit dem Siege der Entente enden werde. Diese unheilvolle Politik des Krieges bis zur letzten Entscheidung muß in Wahrheit den Krieg auf Jahre hinaus, unabsehbar verlängern. (Sehr richtig!) Welcher auch schließlich der Ausgang sein würde, sicher wäre, daß kein Staat einen Siegespreis erringen könnte, der in irgend einem Verhältnis steht zu den unermehlichen weiteren Opfern an Gut und Blut. (Sehr richtig! links.) Sicher wäre es, daß alle beteiligten Völker der Verelendung anheimfallen würden. Auf entehrende, keine politische, wirtschaftliche und kulturelle Zukunft vernichtende oder herabwürdigende Bedingungen wird das deutsche Volk niemals eingehen. (Lebhafte Beifall.) Wir wünschen einen ehrenvollen Frieden für alle. Da die Gegner uns einen solchen Frieden bis zum heutigen Tage verweigern, werden wir auch dieses Mal die Mittel bewilligen, die zur weiteren Verteidigung der Lebensinteressen unseres Volkes und zur Erreichung des Friedens gefordert werden. (Stürmischer Beifall. Zwischen bei den unabhängigen Sozialdemokraten, Wiederholter lebhafter Beifall.)

Abg. Geier (Unabh. Soz.): Der Krieg ist niemals ein Verteidigungskrieg gewesen. Er war und ist ein Eroberungskrieg mit imperialistischen Zielen. (Zurufe und Lachen.) Die Reichsregierung begünstigt die Annerkennung. Die Militärpartei herrscht. Rußland und Rumänien ist ein Gemalfrachten aufgezungen worden. (Zurufe.) Die Völker, die man angeblich befreien wollte, werden gemordet und ausgebeutet. (Zurufe.) Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird verhöhnt. (Lachen.) In Finnland hat Deutschland die Reaktion gestützt, ebenso in der Ukraine. Die Mehrheitsparteien haben die Militärpartei geführt, die auch gegen die Westmächte einen Eroberungskrieg anstrebt. (Lachen.) Die Regierung hat bisher kein klares Friedensprogramm vorgelegt und das Recht Belgiens auf Unversehrtheit und politische, militärische und wirtschaftliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit nicht verurteilt. So geht der Krieg unabsehbar weiter. Gewinnucht feiert widerliche Orgien, Miesvermögen entstehen, das Volk aber darbt. Belagerungszustand und Jenzur knebeln das freie Wort. Mehr denn je ist geboten, daß alle Völker sich zusammenraffen und sich vom Militarismus befreien. Die Kriegskredite dienen der Politik, die den Krieg über die Völker gebracht hat. Wer sie bewilligt, ermächtigt die Regierung zur Fortsetzung dieser Politik. Wer ehrlich den Frieden will, darf nicht für die Kredite stimmen. (Schallende Heiterkeit.) Wir lehnen die Kredite ab und wissen uns eins mit den Volksmassen aller Länder in dem Ruf: Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Nieder mit dem Krieg! (Gedächtnis, Zurufe rechts. Beifall bei den unabhängigen Sozialdemokraten.)

Die Kriegskredite werden hierauf in zweiter und dritter Lesung gegen die Stimmen der unabhängigen Sozialdemokraten bei Stimmenhaltung der Polen angenommen.

Die Ergänzung des Besoldungsgesetzes, sowie ein Gesetz betr. Bürgerkassen des Reiches zur Förderung des Kleinwohnungsbaus für Reichs- und Militärbedienstete unter Einbeziehung der Kriegsgewinnheiten wird einstimmig angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Präsident Fehrenbach: Es liegt eine Zeit außerordentlich anstrengender Arbeit hinter uns. Die Friedensverträge im Osten werden von dem Volke im ganzen mit Dankbarkeit aufgenommen. Ex oriente pax! Das ist ein großes Wort für unser Volk. Dem Staatssekretär, dessen Namen unter diesen Verträgen steht und der jetzt aus dem Amte geschieden ist, gebührt tiefer Dank. (Bravo!) Ueber die Notwendigkeit der neuen Steuern, die für Neben bedeutungsvoll sind, werden wir das Volk aufklären müssen. Es wird sie opferbereit zu tragen wissen. Den äußeren Frieden können wir unserem Volke nicht bringen. Aber unsere Schuld ist es nicht. (Sehr wahr!) Wir werden auch den kommenden Winter vor Not geschützt sein. Die Ernte reift heran, und auch aus dem Osten wird etwas mehr hinzukommen. Unsere Feinde wollen den Frieden nicht. Sie leben in dem Wahn des Vernichtungswillens gegen unser Volk. Dieser Vernichtungswille muß zu Schanden gemacht werden. Wir vertrauen auf Gottes Schutz und unser unvergleichliches Heer, das uns die Grundlage zu einem dauernden Frieden schaffen wird. (Lebhafte Beifall.)

Der Präsident schlägt vor, die nächste Sitzung am 5. November abzuhalten.

Er erhält aber die Ermächtigung, den Reichstag früher zusammenzuberaufen.

Schluß 41 Uhr.

Baden.

Der Wiederzusammentritt des Landtags. Wie wir erfahren, wird der Landtag im August wieder zusammentreten und das Biersteuergesetz und eine Novelle zum Einkommensteuergesetz beraten. Der Haushaltsausschuß der Zweiten Kammer wird sich zur Vorberatung der Gesetzentwürfe am 16. August versammeln. Am 22. August wird der Landtag an der Feier des 100jährigen Bestehens der Verfassung teilnehmen.

Zur „Badischen Wohnungsfrage“. Der Landeswohnungsverein wird vom 20.—22. Juli in Karlsruhe seine 8. Hauptversammlung, welche mit der „Bad. Wohnungsfrage“ verbunden ist, abhalten. Die in den „Mitteilungen“ des Landeswohnungsvereins veröffentlichte Tagesordnung ist außerordentlich reichhaltig. Am Samstag den 20., abends 8½ Uhr wird im großen Rathhousaal eine öffentliche Versammlung stattfinden, in welcher Professor Dr. med. S. Kraft aus Baden-Baden über „Bevölkerungspolitik und Wohnungsfrage“ spricht. In diesem Vortrag über die gegenwärtige wichtigste soziale Frage sind Männer und Frauen — bei freiem Eintritt — herzlich eingeladen. — Der umfangreichen Tagesordnung, welche vom Landeswohnungsverein (Geschäftsstelle Karlsruhe, Min. des Innern) kostenlos erhältlich ist, entnehmen wir, daß die Vor-

Tag der „Wohnungstagung“ im Sitzungssaal der Zweiten Kammer (Ständehaus) stattfinden werden. Als Referenten sind hervorragende Sachkenner aus dem ganzen badischen Land gewonnen. Besonderer Wert wird auf die Aussprache gelegt werden. Neben den Fragen der Notstandsmaßnahmen wird vor allem die Neubautätigkeit, die Frage der Wohnungsämter und Wohnungsnot, der Wohnungsämter, sowie die Beschaffung von gebrauchten und neuen Möbeln erörtert werden. Es ist zu erwarten, daß die Wohnungstagung, ebenso wie die früheren Veranstaltungen des Landeswohnungsvereins, aus dem ganzen Lande zahlreich besucht wird.

Quarantäne von obdachlosen Personen. Das bad. Ministerium des Innern hat in einem Erlaß festgestellt, daß die Anwendung der Verordnung des stellv. Generalkommandos zur Gewährung von Unterkunft im Falle eines Notstandes allerorts anwendbar ist, wo dringende Wohnungsnot besteht. Die Bezirksämter sind somit befugt, obdachlose Personen zwangsweise einzuquartieren. Die entstehenden Kosten sind gegebenenfalls von der örtlichen Wohlfahrtspolizei zu tragen.

Heranbildung von Fortbildungsschullehrerinnen. Das Unterrichtsministerium beabsichtigt zur Heranbildung von Fortbildungsschullehrerinnen einen Ausbildungskurs zunächst für Lehrerinnen, welche die Erste oder die Höhere Lehrereignisprüfung bestanden haben und ein Jahr lang im Schuldienst tätig waren. Der Kurs ist auf die Dauer eines Jahres berechnet und wird am Seminar des bad. Frauenvereins zur Heranbildung von Haushaltungslehrerinnen abgehalten werden. Dem Kurs wird ein am 15. September ds. Js. beginnender etwa sechs Monate umfassender Vorkurs im Kochen und in den Handarbeiten vorangehen. Der Hauptkurs wird am 1. April 1919 beginnen. Anmeldungen hierzu sind bis spätestens 20. Juli bei Unterrichtsministerium einzureichen. Lehrerinnen, die bereits eine praktische Ausbildung im Kochen besitzen, sind von dem Vorkurs befreit.

Unfallversicherung der Schüler. Das bad. Unterrichtsministerium hat mit einer Berliner Lebensversicherungsanstalt einen Vertrag abgeschlossen, durch welchen diejenigen Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten, die zu Hilfsstellen zusammengeschlossen bei landw. Arbeiten mithelfen, gegen Unfälle, die sie bei landw. Arbeiten erleiden, versichert sind. Vergleichen sind auch die örtlichen Vertrauensmänner und die Führer der Kolonnen versichert worden.

Adriassbach (A. Durlach), 14. Mai. Der 63jährige Waidhüter Johann Bauer wurde im Stalle von zwei Farnen angegriffen und so schwer verletzt, daß er starb.

Seiberg, 14. Juli. In der Schnellpressenfabrik fiel der 67jährige Schlosser Emil Vott aus Wiefingen von einer Leiter und schlug mit dem Kopfe auf die Rollwagenschienen, an die die Leiter festgesteckt war. Mit einem schweren Schädelbruch wurde Vott in das Akademische Krankenhaus gebracht, wo er bald nach seiner Einlieferung starb.

Mannheim, 14. Juli. In einer Fabrik in Rheinau war ein unbedeutender Brand ausgebrochen, der bald gedämpft werden konnte. Bei den Löscharbeiten erlitten ein 35 Jahre alter perbratener Dreher von Oberhausen und ein 15 Jahre alter Tagelöhner von Ostersheim durch Stichflammen Brandwunden.

Donaueschingen, 14. Juli. Trotz aller scharfen Maßnahmen wollen die Mogen über das Treiben der Kurgäste-Gamsterer im Schwarzwald nicht verstimmen. Auf dem hohen Schwarzwald haben Kurfremde für ein Ei bis zu 80 Pf. und für ein Pfund Butter 15 M. geboten. Welsch wird aber noch mehr bezahlt. In Hornberg wurde erst letzter Tage einer Fremden der mit 10 M. pro Pfund bezahlte Butterballen abgenommen. Und in Niederwasser wurde für ein Pfund Butter 15 M. bezahlt. Die Erbitterung gegen die Kurfremden nimmt überhand zu.

Freiburg, 13. Juli. Im Stadtteil Stühlinger rief ein 6jähriges Mädchen in der elterlichen Wohnung einen Topf mit heißer Suppe vom Herd. Das Kind zog sich so schwere Verbrühungen zu, daß es starb.

Amoltern bei Keningingen, 13. Juli. Kürzlich wurden bei einem Landwirt 13 Zentner Getreide beschlagnahmt und ins Nat-

haus verbracht. Bei Nacht stieg ein Dieb durch eine zerbrochene Fenster Scheibe ein und stahl 2 1/2 Zentner der beschlagnahmten Frucht.

*** Ludwigsh., 11. Juli.** Nach dem „Mannheimer Tageblatt“ unterteilt die Ehefrau des Hüttenarbeiters Fritz Schmitt von hier seit längerer Zeit zu einem angeblichen Vetter unerlaubte Beziehungen, wodurch es öfters zu Familienstreitigkeiten kam. In den letzten Tagen entfernte sich die Ehefrau Schmitt wieder von zu Hause, um zu ihrem Geliebten zu eilen. Auf der Suche traf Schmitt seine Frau mit ihrem Kumpan in Lothringen zusammen, wobei es zu einer Auseinandersetzung kam, in der Schmitt seinen Nebenbuhler erschlug. Schmitt wird als fleißiger und braver Mann geschilbert.

*** Konstanz, 12. Juli.** Am Dienstag Abend ist wieder ein Austauschverwundetentransport mit 228 Mann hier angekommen. Einer der Verwundeten ist leider auf dem Transport gestorben. Mancher von den Verwundeten bot laut „Konst. Ztg.“ ein bereites Bild, wie wenig gewissenhaft es die französischen Ärzte mit den deutschen Verwundeten nehmen.

*** Konstanz, 12. Juli.** Zu einer Kirchenwallfahrt ist es Ende letzter und Anfang dieser Woche nach einigen Wobenseorten gekommen. Vor allem nach Hagnau sind viele Tausende über den See gefahren, um ein Körbchen Kirsch zu erhaschen. Am Dienstag war der Zubrang zu dem von hier mittags 2 Uhr abgehenden Wobenseeschiff derart, daß gegen 200 Personen nicht mitgenommen werden konnten. Die meisten kamen aber ohne Kirsch zurück, da die Orte wie Hagnau und Stetten völlig ausverkauft waren. Am Montag Abend mußte noch ein besonderes Schiff nach Weersburg fahren, um die dort Zurückgebliebenen nach Konstanz abzuholen. Infolge dieses großen Kirschkaufs hat die hiesige städtische Kirschverjorgung vollständig verlagert. Für sie war es überhaupt nicht mehr möglich, Kirsch zu bekommen.

Verjorgung mit Frühweisschen und Frühpfäumen.

Karlsruhe, 12. Juli. Die Badische Obsterjorgung gibt folgende Mitteilung aus:

„In der nächsten Zeit beginnt in Mittelbaden die Frühweisschen- und Frühpfäumen-Ernte. Es kommen dafür in erster Reihe die Amtsbezirke Bühl, Achern, Baden, Oberkirch und Offenburg in Betracht und es kann aller Voraussicht nach mit einer mittelmäßigen Ernte gerechnet werden. Demgemäß wird von der Badischen Obsterjorgung eine so reichliche Verteilung der Kommunalverbände mit Weisschen und Pfäumen in Aussicht gestellt, daß der Bedarf der Haushaltungen daran zum Frischgenuss, zum Kochen und Einmachen in den normalen Grenzen gedeckt werden kann.“

Diese Zuführung hat aber zunächst zur Voraussetzung, daß seitens der Kommunalverbände Vorkehrungen getroffen werden, welche die sofortige und gleichmäßige Verteilung der von der Obsterjorgung gelieferten Weisschen und Pfäumen an die Verbraucher gewährleisten. Die Verteilung wird, wie die Erfahrungen zeigen, am zweckmäßigsten durch Nationalisierung, d. h. unter Verabfolgung gegen Karten, bewerkstelligt.

Die zweite und nicht minder unerlässliche Bedingung für das Gelingen der guten Obsterjorgung ist, daß die bisher übliche Gepflogenheit der Bevölkerung, sich trotz des bestehenden Verbots durch direkten Kauf beim Erzeuger zu verjorgen, in diesem Falle unterbleibt. Wenn das Publikum, wie dies bisher vielfach der Fall war, die obsterzeugenden Gegenden überschwemmt und das Obst ohne Rücksicht auf die festgesetzten Preise aufkauft, so wird selbstverständlich eine geordnete Obsterjorgung zur Unmöglichkeit. Uebrigens wird im eigenen Interesse der Obstliebhaber angelegentlich vor dem Selbstkauf bei dem Lande gewarnt, da die Ueberwachung in dem in Betracht kommenden kleinen Gebiet durch Verkürzung der Gendarmerie und der sonstigen Kontrollorgane scharf gehandhabt werden wird. Zuwiderhandelnde haben neben Beschlagnahme des Obstes empfindliche Strafen zu gewärtigen.

Die Schiffsahrt auf dem Oberrhein ist seit einiger Zeit äußerst lebhaft. Täglich treffen zahlreiche Schiffe im Rheinhafen ein. Lange und schwere Schleppzüge mit Kohlen und anderen

Gütern beladen fahren weiter stromaufwärts nach Basel und haben die Eisenbahn erheblich entlastet. Der Wasserstand des Rheins ist augenblicklich ein günstiger.

Die Verstellung von Del in Baden. Das Ministerium des Innern hat eine Verordnung über den Verkehr mit Delfrüchten und den daraus gewonnenen Produkten erlassen. Darin werden den Erzeugern von Delfrüchten, die nicht ihre ganze Ernte an den Kriegsausbruch für pflanzliche und tierische Öle und Fett in Berlin abliefern wollen, gestattet, von den Delfrüchten eine gewisse Ernte eine bestimmte Menge, die sich je nach der Größe der Ernte richtet, zum Verbrauch im eigenen Haushalt zurückzubehalten. Um diese Delfrüchte schlagen zu lassen, muß der Kommunalverband oder das Bürgermeisterei Erlaubnisbescheine ausstellen. Die Delfrüchte oder das für den eigenen Haushalt genommene Del dürfen an andere Personen nicht abgegeben werden. Beträgt die Gesamternte des einzelnen Erzeugers an Reintönen nicht mehr als 500 Kilogramm und die Gesamternte an anderen Delfrüchten (Nepf), nicht mehr als 30 Kilo, so darf sie der Erzeuger ganz zurückbehalten. Die Erlaubnisbescheine dürfen höchstens auf die Dauer von 2 Monaten ausgestellt werden. In der Verordnung wird dann Rübsen, Federich, Sonnenblumen, Dattler, Mohr usw.) insgesam weiter bestimmt, daß die Bezirksämter eine ständige sorgfältige Ueberwachung der Delmühlen durchzuführen haben und daß auch die Landesstellen zur Ueberwachung berechtigt ist. Ohne Erlaubnisbeschein darf keine Delmühle Früchte zum Mahlen annehmen.

Die Laubfütterung hebt allenthalben im Deutschen Reich an. Frischlaub an allerlei Sträuchern und Bäumen soll nach Erndung gemahlen und unter Zufuhrnahme von 5 Prozent Melasse zu Futtertuchen gereicht werden, der für die Fütterung des Feldheeres als zweckmäßiger Düngers dient. Die Frage der Futterbeschaffung für die Frontpferde ist so wichtig, daß von ihrer glücklichen Lösung der Ausgang des Krieges abhängt. Futterfähiges Frischlaub kann nur in den Monaten Juni und Juli genommen werden. Rasches Sammeln tut drum not und erfordert alle verfügbaren Hände. Unter Führung von Gefährlichen und Lehrern, in der Begleitung von Landwehrsoldaten, von Frauen und Männern aller Stände, wird darum die Jugend hinausgeschickt, um an Buch und Baum Frischlaub zu rasen. Kein Waldbesitzer wird diesem vaterländischen Kriegszweck seine Waldungen verschließen.

Die Auszahlung der Unterschiedsbeträge für Heuerlieferungen. Die schon früher gründlich zugedachte Auszahlung der Unterschiedsbeträge zwischen den badischen und den Reichs Höchstpreisen für das Heu der Heereslieferungen hat sich nach einer halbamtlichen Mitteilung in der „Karlsruher Zeitung“ verzögert, weil die Verhandlungen mit den Reichsstellen über den Zeitpunkt, von dem an die Nachzahlung erfolgen soll, längere Zeit nicht zum Abschluß gebracht werden konnten. Nachdem das Reichsministerium eine Entscheidung hierüber getroffen hat, ist vom Kriegsministerium die Nachzahlung für die Lieferungen vom 14. Juli 1917 bis 19. Februar 1918 angedeutet worden. Der Betrag wird nunmehr von der Militärverwaltung in kürzester Frist und zwar in einer Summe an die Landeshauptkasse ausbezahlt und von dieser nach der Anweisung des Ministeriums des Innern an die Kommunalverbände abgeführt werden. Die Verteilung an die einzelnen Erzeuger hat durch die Kommunalverbände zu erfolgen, welche die Unterlagen für diese Verteilung inzwischen haben fertigen lassen.

Gerichtszeitung.

Diebstähle. Der 20jährige Maler Artur Rehmer aus Pforzheim, zuletzt in Oberachen, hatte im April gemeinsam mit seinem Bruder Otto bei Oberkirch die Villa des Geh. Regierungsrats Pfann in Strahburg erbrochen und Wein, Konserven, Mehl und andere Gegenstände gestohlen. Das Landhaus des Rittmeisters Herwarth von Wittenfeld bei Lautenbach plünderten so die beiden Brüder ebenfalls und eigneten sich Wein und Gebrauchsgegenstände im Gesamtwerte von 2600 M. an. Außerdem verübten sie noch andere Diebstähle. Die Strafkammer in Offenburg verurteilte Artur Rehmer zu 10 Monaten Gefängnis. Otto Rehmer wurde bereits früher verurteilt.

Aus aller Welt.

Freie Wahn dem Tüchtigen! Diese heute so oft zitierten Worte werden leider in vielen Fällen gerade in umgekehrtem Sinne in der Praxis angewendet. Einen sehr traurigen Fall dieser Art teilt die „Bayerische Lehrerzeitung“ in Nr. 24, 1918, mit:

Zwei gleichaltrige Schüler der 8. Klasse der Oberrealschule in A. melde, in sich als Anwärter zur Seeoffizierslaufbahn bei der Seeladetenannahmekommission in Hensburg-Mühlviel. Der eine ist Offizierssohn und hatte bei der Anmeldung einen scheinbaren Dreier, der andere, der Sohn eines Volksschullehrers, hatte einen Einser (Krimus). Ersterer wurde zur Aufnahme in die Seeladetenannahmestelle zugelassen, letzterer wurde abgewiesen, obwohl er alle Aufnahmebedingungen in höchstem Maße erfüllte. Nur hatte er den einen Fehler, daß er Sohn eines Volksschullehrers war.

Was braucht man auch für die Offizierslaufbahn einen „Krimus“, ein „schlechtes Dreier“ genügt ja, nach Ansicht der Prüfungskommission! Wahrscheinlich die Herren haben dem Offiziersstand einen sehr schlechten Dienst erwiesen.

Ueber eine Niesenschlangen-Mahlzeit berichten die „Völpiger Neuesten Nachrichten“: Mancher wird in den letzten Tagen eine Niesenschlange in unserem Zoo mit einem gewissen Neugiergefühl betrachtet haben, weil diese keinen Zweifel darüber läßt, daß sie satt ist und „genug hat“. Sie hat am 11. ds. Mts. zwei chinesische Masten Schweine, die wegen ihres Niesenschwanzes für den Menschen ungenießbar sind, im Gesamtgewicht von 120 Pfund verpeist. Jetzt ist ihre Magengegend infolge der Größe der Mahlzeit und infolge der sich beim Verdauungsprozeß entwickelnden Gase auf das Vier- bis Fünffache ihres gewöhnlichen Umfangs angeschwollen. Der Verdauer kann jetzt leicht die Elastizität des Schlangenskorpers studieren, da der Zustand voraussichtlich noch einige Zeit anhält. Der Hunger des Tieres ist allerdings auch auf drei bis vier Monate gestillt.

Was die Krailsheimer prägen. Die Gemeindefolgen der allfränkischen, heute zu Württemberg gehörigen, durch ihre zentrale Verkehrslage zwischen Nürnberg und Stuttgart, Bad Reichenheim und Ulm bekannten Stadt Krailsheim haben zur Bekämpfung des Kleingeldmangels sehr eigenartiges Kriegsgeld in eisernen Fünf-, Zehn- und Fünfzig-Pfennigstücken schlagen lassen. Die Prägung zeigt einen ebenso fagenhaften wie tollkühnen Borogang aus der schweren Belagerungszeit die das kleine fränkische hohelobische Nest im Winter 1879/80 gegen die Reichsstadt Goll. Alzenburg und Dinkelsbühl zu bestehen hatte. Nach langwieriger

Belagerung brachen die Feinde ihre Belte ab, zumal die Ausjagerung Krailsheims sich als ebenso unmöglich erwies, wie die Deutschlands in heutigen Weltkrieg. Den Reichsständen wurde damals der Verweis für Krailsheims unerschöpfbare Sammelvorräte in nicht zu übersehender, Deutlichkeit geliefert, indem die Krailsheimer Bürgermeisterin, eine offenbar ungewöhnlich kräftige Dame, sich aus patriotischen Erwägungen entschloß, dem Feind über die Stadtmauer hinweg denjenigen Teil ihrer Klebsteine schleierlos zu zeigen, wo der menschliche Rücken nach unten hin seinen anfänglichen Namen verliert. Dieser entscheidende Augenblick der Belagerungsgeschichte ist auf jenem soeben festgestellten Kriegsgeld festgehalten. Die Münze zeigt auch neben dem Stadtwappen das Nationalgebäude Krailsheims, einen sogenannten „Gaaraften“, der in seiner Form (ähnlich einer legenden Dreier) nichts anderes ist als eine Abbildung jenes Körbchens — gewissermaßen im Querschnitt. Das gelangene Geldstück wird, namentlich in seinem höheren Exemplar, dem Fünftener, von Sammlern und Liebhabern solcher Kriegsmemoriendingen scharf beachtet werden.

Durchgebrannt. Die ungarische Landbank in Pest sandte am Freitag einen Kassenboten in Begleitung eines Beamten mit dem Auftrag, bei der Filiale des Wiener Bankvereins 200 000 Kronen in bar und einen Scheck an die Oesterreichisch-ungarische Bank abzuliefern. Während der Beamte sich einen Augenblick entfernte, um die entsprechenden Schriftstücke an der Kasse abzugeben, entfloß der Kassenbote, der die Werte in einer schwarzen Ledertasche trug. Der Kassenbote war erst seit zwei Tagen im Dienst.

Im Müllschwimmbad. In einer Ortschaft d'ist hinter der Front hat ein schwäbisches Landsturmabteilung ein Schwimmbad errichtet. Ein Hauptmann und Kompanieführer, der aus dem Schwimmbad kam, wollte auch die Gelegenheit eines erfrischenden Bades benutzen. Emen tieferen schwäbischen Landsturmman, der den Herrn Hauptmann in Adamskostüm nicht als Vorgesetzten erkannte und dem der stolze Gaarwuchs auf dem borgelegten Körper Eindruck machte, richtete das Wort an ihn: „Berechtigter! Du bist aber au' nah am Offen vorkei gangen!“

Der noble Jude und sein Gegenstück. Unser Parteivorstand für Ring-Strumou, der „Böhmerwald-Volkshote“, berichtet: In ein Abteil eines Eisenbahnwagens der Linie Braunau-Weiß steigt ein galizischer Jude ein, schwer mit Paketen beladen und diese sorgfältig unter den Väcken verbergend. Der Jude beginnt sogleich Gespräch mit einer ihm gegenüberstehenden Frau. Die Frau

ist mittelstark und erzählt, daß sie heute Glück hatte und zwei Kilogramm Butter hamstern konnte. Die Frau dauerte eine Stunde ohne jede Belästigung. Da kommt ein Lebensmittellkontrollleur in das Abteil. Diesem teilte der Jude mit, daß die ihm gegenüberstehende Frau zwei Kilogramm Butter verborgen hätte. Die Frau ist natürlich sprachlos über die Gemeinheit eines solchen Vorgehens. Sie weint und jammert, aber es nützt nichts, die Butter wird ihr abgenommen und beschlagnahmt. Der Kontrollleur geht und jammert sich nicht weiter um andere Sachen. Als der Gefürchtete draußen war, und keine Gefahr mehr bestand, bemerkte er der Jude: „So, liebe Frau, ich habe den Kontrollleur auf Ihre zwei Kilogramm Butter aufmerksam gemacht, damit ich seine Aufmerksamkeits von mir ablenkte, da ich hier 20 Kilogramm unter der Bank verborren habe. Ich gebe Ihnen nun für die beschlagnahmten zwei Kilogramm von meinen Beständen fünf Kilogramm ab.“ Der Jörn der Frau verhandelte sich nun in eine große Freude. — Die zweite Geschichte ist nicht mehr so nobel: Ein Jude, der als Flüchtling seit zwei Jahren viel gesammelt und gesammelt hatte, mußte das Land Oesterreich, in dem er auf Staatskosten gemächlich leben konnte, verlassen und in seine Heimat nach Galizien zurück. Den Oesterreich Oesterreich will er aber eine angenehme Erinnerung hinterlassen, und zwar tut er dies auf folgende Weise: Er hat durchweg über den Höchstpreis eingekauft, sonst hätte er bei den Bauern nichts bekommen. Er läßt nun durch seinen Rechtsanwält an jeden Bauern, der ihm jemals Fleisch, Eier, Mehl, Schmalz, Leinwand verkauft hat, einen eingeschriebenen Brief schicken, in welchem die Bauern aufgefordert werden, binnen einem Monat die Differenz zwischen Höchstpreis und tatsächlich gezahltem Betrag zurückzugeben, wödr gefalls Anze wegen Höchstpreisübersteigerung eingereicht werde.

Der Amisch unnel. Unser Truppenteil, der eine eigene Feldschützerei besitzt, hatte einen Offizier geschickt. Bei Vorlage der Rechnungen beantragte die zuständige Intendantur die Menge des angefallenen Fleisches und forderte Aufführung, weshalb ein ganzer Ofen verwendet wurde, nachdem dem Truppenteil, entsprechend seiner Anzahl, nur ein halber Ofen zustehe. — Die Antwort lautet: „u machend und laute.“ Es wäre den Vorschriften der genannten Verordnung genau entbunden worden, aber im ganzen Truppenteil habe sich kein Mann gefunden, der es verstanden hätte, einen halben Ofen zu schmelzen.“

Stiefhender. Wie sich das Leben gelohnt haben! Früher wuschelte ich den Kragen täglich und einen Hundertmarktschein alle ab Tage, jetzt ist es gerade umgekehrt!

Theater
Groß, der...
Prüfung am...
aller Gesangs...
nani begann...
Vortrag, von...
Technik unter...
Keilen gleich...
und Herr W...
von Wahn) gab...
Sobald ich...
gewählt, die...
mit welchem...
für Wolken...
gut durchgef...
und Gertrud...
jungen Damen...
waren. Die 10...
genügender...
Eindrücke.

Eingegan
Alle hier...
Wohlfühl...
Arbeiter-Ju...
gangs hat u...
Sollmann. —...
Währungs...
denolot wurde...
Engelbert Graf...
Was wir unse...
neue badische...
Jugendbewegun...

Volksgefun
Volksgefun...
der soeben...
Rauschweisel...
Krauter — Kun...

Aus der Karlsruher Strafkammer.

Retroleumdiebe. Der 17jährige Fabrikarbeiter Karl Janin aus Kuppenheim ist trotz seiner Jugend mehrfach vorbestraft. Gemeinsam mit dem ebenfalls jugendlichen Schlosser Josef Götzig aus Kuppenheim und Fabrikarbeiter Emil Jüngert aus Kuppenheim öffnete er in einer Fabrik in Kuppenheim, in der der Emil Jüngert beschäftigt war, ein Petroleumfaß und entnahm daraus mit seinem Gesellen 5 Liter Erdöl. Das Erdöl gaben sie an verschiedene andere Burschen ab, so an den Säger Gottfried Schauble aus Kuppenheim, den Fabrikarbeiter Franz Gemmel aus Neutweier und den Depotarbeiter Franz Durm aus Haueneberstein. Auch Janin und Götzig ließen sich von Jüngert Petroleum schenken. Vor Gericht waren sämtliche Angeklagten geständig. Das Gericht verurteilte den Janin wegen Diebstahls im Rückfall und Hehlerei zu 4 Monaten Gefängnis, den Götzig ebenfalls wegen Diebstahls und Hehlerei zu 6 Wochen Gefängnis, den Jüngert wegen Diebstahls zu 6 Wochen Gefängnis, den Schauble wegen Hehlerei zu 2 Wochen Gefängnis, den Gemmel, den Balz und den Durm wegen Hehlerei zu je 1 Woche Gefängnis. Den Angeklagten mit Ausnahme des Janin und des Götzig, sollen die Strafen auf Wohlverhalten erlassen werden.

Schlecht gekleidete Gutmittele. Die 24 Jahre alte Cécilie Bühler aus Gengenbach ist eine arbeitscheue Person, die von den Gerichten in Offenburg und Lahe schon wiederholt bestraft wurde. Am 22. April hatte sie in Offenburg aus Gutmitteleit bei einer Frau Aufnahme gefunden. Als Dank dafür stahl die Bühler der Frau eine seidene Bluse, eine Bettjackette und andere Wäschestücke im Gesamtwert von 182 Mk. Ferner schwindelte die Bühler ihrer Wohnungsgeberin 20 Mk. ab. Später fand die Bühler an einer anderen Stelle Aufnahme. Hier schwindelte sie ihrem Gastgeber eine Handtasche und einen Schirm ab. In Gengenbach gab sie sich einem Landwirte gegenüber als Rote Kreuzschwestern aus, die seinen im Lazarett befindlichen Sohn gepflegt habe; sie ließ ihm dann 5 Mk. schenken und bestreiten. Dann stahl sie Kleidungsstücke und Schmuckstücke im Gesamtwert von 516 Mk. Am 17. Mai entwendete sie in Karlsruhe Kleidungsstücke im Gesamtwert von 185. Wegen Betrugs im Rückfall und wegen Diebstahls im Rückfall wurde die Bühler von der Strafkammer zu einer Gefängnisstrafe von 2 Jahren Gefängnis, abzüglich 1 Monats Untersuchungshaft, verurteilt.

Familienidyll. Der Landwirt Wilhelm Eder gen. Oeber aus Durlach war wegen erschwerter Körperverletzung angeklagt. Die Anklage warf ihm vor, er habe in seiner Wohnung in Durlach am 16. April nachmittags 1 Uhr auf eine seiner Töchter einen Schuß abgegeben und sie an einer Schulter schwer verletzt. Die Vernehmung des Angeklagten ergab, daß dieser seit 1882 verheiratet und Vater von 14 Kindern ist. Am 16. April hatte sich Eder in seinem Schlafzimmer mit dem Zusammenstoßen eines zweiläufigen Revolvers beschäftigt, angeblich, weil er sich aus Lebensüberdruß infolge ehelicher Streitigkeiten mit dieser Waffe das Leben nehmen wollte. Er kam aber dann von diesem Vorhaben wieder ab. Darauf machte sich eine der Töchter Eders in dem Schlafzimmer zu schaffen. Dabei kam es zwischen dem Vater und der Tochter zu einem Wortwechsel, infolgedessen Eder mit seiner geladenen Waffe der Tochter nachließ und einen Schuß auf sie abgab, der das Mädchen in die rechte Schulter traf. Zu der Tat will Eder besonders durch ein höhnisches Lachen der Tochter veranlaßt worden sein. Die übrige Beweisaufnahme ergab tatsächlich, daß die Tochter, die überdies obenverurteilte Reifer und einen längeren Aufenthalt in Paris, Algier und Tunis erlebt hat, neuen Unfrieden in das Haus gebracht hat. Eder ist bisher nicht vorbestraft. Das Gericht verurteilte ihn wegen Körperverletzung mit gefährlichem Werkzeug zu 6 Monaten Gefängnis, abzüglich 10 Wochen Untersuchungshaft. Der Haftbefehl wurde aufgehoben. In der Urteilsbegründung wurde ausgeführt, daß dem Angeklagten milde Umstände zugestanden wurden, weil die Tochter die Hauptursache zu der Tat gegeben und Unfrieden in das Haus gebracht hat. Ihre Kindespflicht habe sie dem Vater gegenüber in größter Weise vernachlässigt und alles getan, um den Born des Vaters zu steigern. Der Schuß habe offenbar infolge ungeeigneter Munition keine tödliche Wirkung gehabt.

Aus der Stadt.

Karlsruhe, 15. Juli.

Freiweiber-Konjunktur.

„Wer jetzt nicht gewinnt, verdient nicht, daß er den Krieg erlebt.“ Das ist das Leitmotiv für die Handlungsweise unzähliger Menschen geworden. In den letzten Monaten hat sich immer deutlicher ein besonderes Genre des übermäßigen Gewinnerzielens herausgebildet, das nicht nur den gewerbsmäßigen Verkäufern aller Art zugute kommt, sondern auch von Leuten geübt wird, die sonst nie daran dachten, Handelsgewinne zu erzielen. Diese „schöne Form“ gegenseitigen Lieber-das-Du-davens wird vor allem bei der Verschärfung alter, gebrauchter Gegenstände gelbt. Ueberall kann man sehen, daß hier gebrauchte Möbel, dort Teppiche, Klaviere, Bilder, Sofas und Schulmappen, Küchentöpfe und Hängelampen „fast neu“ oder wenig gebraucht zu haben seien. Stets natürlich „preiswert“.

Armer Familienvater, geplagte Hausfrau, die ihr irgend einen von diesen ausgelobten Gegenständen nötig hat, geht schleunigst hin, denn mit euch werden hundert andere die Zeitung lesen und sich beeilen, den „billigen Gelegenheitskauf“ zu machen. Aber welche Enttäuschung hart errett. Da ist ein Kleiderbrant, wurmfressig und baukästig, der euch mit lächerlicher Mühe zu 100 Mark als preiswert angepriesen wird, obwohl er dereinst in Friedenszeiten — vor sehr und mehr Jahren — noch keine 40 Mark kostete. Dort wird ein Teppich angepriesen, in dem die Moten schon mancherlei Unfug verübt haben, der zu Großvaters Zeiten vielleicht 50 Mark gekostet hat und jetzt für „nur 150 Mark“ wieder verkauft werden soll. Ein altes Klavier, auf dem ein halbes Dutzend Köhnen ihre musikalischen Kenntnisse erlernten, wird mit 800 Mark bewertet: kurzum — ob ihr ein schlechtes Bild oder einen Topf, einen ächzenden rumpeligen Kinderwagen oder einen Stuhl erwerben wollt, überall wird ein Preis gefordert, daß euch die Augen zu tränen anfangen müßten.

Ein Lang um das goldene Kalb ein miniature! Dinge, die früher der Brockenammlung um Gotteslohn geschenkt wurden, sind heute Wunderobjekte geworden. Schließlich ist das aber kein Wunder, und wer darüber in Enttäuschung gerät, wirkt höchstens komisch. Die Leute, die Nahrungsmittel und andere Notwendigkeiten des Lebens zu verkaufen haben oder Kriegslieferungen ausführen, nehmen ja auch, was sie kriegen können. Das entspricht den heiligen Grundsätzen des freien Handels. Warum sollen die kleinen Verkäufer, die ein altes Möbelstück zu verkaufen haben, anders handeln? Das ist die allgemeine Verwilderung der sogenannten Moral, die in „großer Zeit“ eben sehr natürlich ist. Eine Regelung des gesamten Althandels hätte gewiß das Uebel nicht so groß werden lassen, wie es sich jetzt zeigt. Ohne Zweifel kann auch noch vieles gebessert werden. Aber dann muß schnell gehandelt werden; Zeit ist nicht mehr zu verlieren.

Vorsicht nach Fliegerangriffen. Bei den jüngsten Fliegerangriffen ist vielfach die Wahrnehmung gemacht worden, daß sich unmittelbar nach dem Bombenabwurf schon wieder die Menschen auf der Straße, insbesondere bei den Abwurfstellen, sammeln und ihre Neugierde zu befriedigen und nach Bombenplündern zu suchen. Nun hat die Erfahrung gezeigt, daß die feindlichen Flieger nach einem Bombenabwurf oft zurückkehren, um erneut Bomben zu werfen oder daß dem ersten Angriff eine neue Welle folgt. Es ist deshalb mit besonderer Lebensgefahr verbunden, vor Aushebung des Fliegeralarms die Straße wieder zu betreten. Auf diese Gefahr wird die Bevölkerung hiermit ausdrücklich aufmerksam gemacht.

Ueber die Einführung der fleischlosen Wochen sind in der Presse schon Mitteilungen erfolgt. Hand in Hand damit geht aber eine Ermäßigung der Fleischration. Sie soll in den Städten mit 100 000 Einwohnern und darüber 200 Gramm in der Woche, mit 50 000 Einwohnern 150 Gramm und für Gemeinden unter 50 000 Einwohnern 100 Gramm in der Woche betragen. Dabei wurde dem Kriegsernährungsamt angeordnet, der Industriebevölkerung auf jeden Fall 200

Gramm Fleisch in der Woche zu verabreichen. Um nun eine verschiedenartige Fleischbelieferung in den Städten zu vermeiden, ist, wie wir hören, von der badischen Regierung beauftragt, in den großen Städten Karlsruhe und Mannheim 200 Gramm Fleisch in der Woche auf den Kopf auszugeben.

Die badische Ostberjorgung wird wegen der im „Karlsruher Fremdenblatt“ gegen sie erschienenen Artikel Klage erheben. Die in diesen Artikeln enthaltenen Angaben decken sich mit den Eingaben, die der Kaufmann Sund, ein früherer Beamter der Ostberjorgung, über die Zustände bei diesem Institute gemacht hat.

Die Höchstpreise für Flüssigfische. Wie die „Karlsruher Zeitung“ halbamtlich bemerkt, sind bei der Neuheftung der Höchstpreise für Flüssigfische folgende Veränderungen vorgenommen worden: Der Höchstpreis für Aeschen und Rotaugen wurde von 90 Pf. auf 1 Mk., der von Barben von 150 Mk. auf 160 Mk. für das Pfund erhöht (Verbraucherpreis). Neu festgelegt wurde der Verbraucherpreis für die im Oberbein vorkommenden Aeschen auf 220 Mk. für das Pfund, sowie für Bach- und Regenbogenforellen auf 650 Mk., für Lachse (Salmen) in nicht ausgebeutetem Zustand auf 640 Mk. und ausgebeutet auf 860 Mk. für das Pfund.

Bei der Einziehung der Zweimarkstücke im Geschäftsbereich der Reichsbankstelle Karlsruhe wurden allein 2 Millionen dieser Geldart eingelöst, ein Beweis, welche große Summen an Hartgeld immer noch von einzelnen Familien aufgestapelt werden.

Selbstmord. Am Samstag vormittag erhängte sich ein in der Weststadt wohnender pensionierter Beamter in einem Anfall von Gestörtheit.

Diebstahl. In der Nacht vom Samstag zum Sonntag wurden in einem Garten Ecke Wilhelm- und Nebenstraße zwei Hühner erbrochen und daraus eine 4 Jahre alte weiße und eine 4 Monate alte schwarze Ziege, sowie 8 Hühner im Werte von 370 Mark durch unbekannte Täter entwendet. Die beiden Ziegen wurden am Tatort abgeschlachtet.

Insoll. Ein 6 Jahre alter Knabe wurde am Samstag nachmittag in der Durlacherallee beim Ueberfahren der Gleise von einem von Durlach kommenden Straßenbahnwagen überfahren. Der Knabe erlitt schwere Kopfverletzungen und wurde nach dem städtischen Krankenhaus verbracht.

Briefkasten der Redaktion.

Feldpostbrief von Wilm. Wir bitten den Uebermittler des Briefes um Abwesenangabe, um eine Antwort zukommen lassen zu können.

Wasserstand des Rheins.

Schusterinsel 2,30 Meter, gef. 13 Zentimeter; Rehl 3,11 Meter, gef. 8 Zentimeter; Nagau 4,74 Meter, gef. 1 Zentimeter; Mannheim 3,88 Meter, gef. 2 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kahl für den Infanzenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Postfach 24.

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Eheschließungen. Johannes Schorpp von Durmersheim, Wobelpader hier mit Pauline Fink von Forzheim. Karl Schmidt von Müngesheim, Fabrikarbeiter hier, mit Mathilde Giesemann, Witwe, von Vietzheim. Emil Scherer von Waldorf, Schneider hier, mit Emma Mayer von Breiten. Konrad Luz von Berolzheim, Straßenbahnkassierer hier, mit Maria Rih von Höttingen. Jos. Dantes von hier, Tagelöhner hier, mit Wilhelmine Reinhardt, Witwe, von Nieberweiler. Adam Ritter von Redarbischofsheim, Schneider in Mannheim, mit Frida Gauß von Demnach. Karl Kiegl von Breitenbrunn, Schneidermeister in Breitenbrunn, mit Maria Koblner von Forzheim-Brödingen. Richard Boghe von Erfurt. Kaufmann hier, mit Maria Klinit von Worms.

Geburten. Mathilde Elisabeth, B. Alfred Allgeier, Mäler. Frida Pauline, B. Karl Wischler, Bahnarbeiter. Karl Friedrich, B. Rudolf Stumpf, Tagelöhner. Günther Hermann Helmuth, B. Hermann Leininger, Dr. Professor. Julia Maria, B. Edgar Kiesler, Schreiner. Hans Horst, B. Karl Herrmann, Mathematiker. Irma Frida, B. Raimund Jäg, Bräudenbauer. Edgar Josef, B. Ed. Sammel, Viehhändler. Erna Susanna Karola, B. Karl Hahn, Zahntechniker. Elisabeth, B. Heinrich Steinmetz, Rangassistent. Richard Jakob Rudolf, B. Heinrich Wüst, Straßenbahnkassierer. Erwin, B. Wilhelm Hubacher, Fabrikarbeiter.

Todesfälle. Gertrud Sührer, 55 J. alt, Witwe von Johann Sührer, Revisionssachverständiger. Ernst Baumann, Küfer, 12 1/2 J. alt. Martha Pfau, 82 J. alt, Witwe von Bernhard Pfau, Schlosser. Mathilde Eijenberg, 68 J. alt, Witwe von Jüng Eisenberg, Pferdehändler. Frida Kastrner, 24 J. alt, Ehefrau von Anton Kastrner, Maschinenarbeiter.

Bringe mein reichhaltiges Lager in gebrauchten und neuen

Möbeln

als Betten, Schränke, Kommoden, Tischen, Stühlen usw., sowie sonstiger Haushaltsgegenstände in empfehlende Erinnerung. Die gebrauchten zum Verkauf gestellten Möbel und Einrichtungsgegenstände sind factmännlich aufgearbeitet und werden zu billigsten Preisen abgegeben. 4099

J. Rabold, Marierstr. 31. Baden: Schützenstr. 52.

Städt. Vierordtbad

Kohlensäurebäder und elegante Wannenbäder. I., II. und III. Klasse. Für Herren und Damen geöffnet Werktags vorm. 7-1 Uhr, nachm. 3-8 1/2 Uhr, Samstags abends bis 9 1/2 Uhr. Sonntags geschlossen. Mittags 1 bis 3 Uhr geschlossen. 2185

Eine Frau

zum Waschen und Putzen für wöchentlich 1-2 Tage gesucht. Frau Wilh. Stober, Müppurrerstraße 13, 1.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Orchester, Konservatorium für Musik in Karlsruhe. Die letzte Prüfung am Montag war bedeutenderweise durch den Wegfall aller Gesangsnummern stark gekürzt. Fr. Henriette Magagnani begann mit der Sonate d-moll op. 31 von Beethoven. Ihr Vortrag, von Temperament getragen und von Hangvollflüssiger Technik unterstützt, war sehr schön, gelang aber nicht in allen Stellen gleichmäßig. Herr Hans Dieter v. Gemmingen und Herr Walter Reis (Andante von Danse und Cabatine von Bohm) gaben ausgezeichnete Schülerleistungen. Fr. Elise Hoffeld hatte sich die schwierige Ballade g-moll von Chopin gewählt, die sie recht gut durchführte. Fr. Olga Rubin spielte mit weichem Ton und liebenswürdigem Ausdruck eine Cabatine für Violine von Holländer. Von den zahlreicheren, ausnahmslos gut durchgeführten Begleitungen seien die von Fr. Elise Wed und Gertrud Mettenberger besonders erwähnt, als denjenigen Damen, denen die zahlreichsten und schwierigsten zugefallen waren. Die 10 Prüfungsaufführungen boten eine große Reihe genuinreicher Stunden und vermittelten manche unverfälschten Eindrücke.

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

(Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können von der Kartebuchhandlung bezogen werden.) Arbeiter-Jugend. Die sechste erschienene Nr. 14 des 10. Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: In die Gewerkschaft! Von B. Tollmann. — Nachtlieb. Gedicht von Friedrich Heibel. — Franz Wehrings Marg-Biographie. Von R. Korn. — Wie ich Sozialdemokrat wurde. Jugendberinnerungen von R. Kempfens. — Gg. Engelbert Graf: Vom Eiszeitmenschen. (Mit Abbildungen). — Was wir unseren Vätern schulden. Von S. S. (Schluß). — Das neue badische Fortbildungsschulgesetz. Von J. Eisele. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit.

„Volksgesundheits.“ Monatsschrift des Verbandes Volksgesundheits, Köpchenbroda-Niederlöchnitz. Aus dem Inhalt der sechsten erschienenen Nummer haben wir folgendes herbor: Der Raucherjügel. — Nachenhöhlen-Erkrankungen. — Tee- und Heilpflanzen. — Rundschau. — Aus dem Verbandsleben.

Schönheitschule. Eine methodische, leichtfaßliche und sichere Unterweisung zum Selbstunterricht in der so nötigen Kunst des Schönheitschreibens. V. Ch. Martens. Verlag von L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdener Straße 80. 1918. Preis 1.40 Mk.

Die Rundschrift. Dargestellt für den Selbstunterricht von B. Ch. Martens. Eine sichere, leichtfaßliche Unterweisung zum Erlernen der Rundschrift in 16 Uebungen. Verlag von L. Schwarz u. Comp., Berlin S. 14, Dresdener Straße 80. 1918. Preis 1.40 Mk.

Verbrechergeschichten ist der Titel des neuen Bandes der Vorwärts-Bibliothek, herausgegeben und ausgewählt von Franz Dieckhoff. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Preis gebunden 2 Mk. Ein starker Band nach Inhalt und Umfang. Ein in seiner Art wertvolles Buch. Es enthält: „Michael Kohlhaas“ von Kleist, „Die Judenbuche“ von Droste-Hülshoff und „Der Verbrecher aus verlorener Ehre“ von Fr. Schiller. Eine Einführung in diese drei padenden Erzählungen und eine Einleitung des Herausgebers, in der er auf die Frage eingetht: Können Verbrechergeschichten nützlich sein, und in der er zu dem Schluß kommt, daß diese Geschichten zu den guten Verbrechergeschichten gehören, die jedermann kennen lernen sollte. Das Buch kann durch jede Buchhandlung bezogen werden.

Führer durch das preussische Wohnungsrecht und das Bürgerschaftsversicherungsrecht. Bearbeitet von Paul Hirsch. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3. Preis 75 Pf. Die Zustände auf dem Wohnungsmarkt erscheinen die ernsteste Aufmerksamkeit nicht nur der Behörden, sondern aller Sozialpolitiker, wie überhaupt eines jeden, der im öffentlichen Leben steht, sei es als Parteiführer, als Gewerkschaftsführer oder in welcher führenden Stellung auch immer. Will man die richtigen Mittel und Wege zur Abhilfe der Wohnungsnot ergreifen, dann ist es notwendig, sich mit den einschlägigen Gesetzesmaterien vertraut zu machen. Soweit die neueste Gesetzgebung für Preußen in Frage kommt, bietet der Führer durch das Wohnungsrecht und das damit im Zusammenhang stehende Bürgerschaftsversicherungsrecht eine gute Handhabe. Die Materie ist darin in übersichtlicher Weise behandelt, die gemeinverständliche Darstellung ermöglicht es, ohne allzu große Mühe in die teilweise recht schwierigen und verwickelten Fragen einzudringen. Das Heft kann durch jede Buchhandlung bezogen werden.

Druckmaschinen

festigt an Buchdrucker Volkfreund.

Stärke

- Leib - Hauswäsche

besorgt fortwährend
(jetzt wieder mit kurzer Lieferfrist)
Dampfwaschanstalt Schorpp
Fernsprecher 725
Versand nach auswärts unt. Nachnahme.

Städtisches Konzerthaus.

Montag, den 15. Juli 1918, 1/8 8 Uhr 4149

Drei arme Teufel.

Grüne Erbsen.

Auf Grund unserer Bekanntmachung vom 8. Juli 1918 rufen wir hiermit die nachfolgenden Nummern der ausgegebenen Anweisungen zur Abnahme der Erbsen wie folgt auf:

- Ausgabestelle alte Bahnpfost, Kriegstraße 5a.**
 - Montag, den 15. Juli:
Nr. 11 001—11 500 vormittags,
Nr. 11 501—12 000 nachmittags.
 - Dienstag, den 16. Juli:
Nr. 12 001—12 500 vormittags,
Nr. 12 501—13 000 nachmittags.
 - Mittwoch, den 17. Juli:
Nr. 13 001—13 500 vormittags,
Nr. 13 501—14 000 nachmittags.
 - Donnerstag, den 18. Juli:
Nr. 14 001—14 500 vormittags,
Nr. 14 501—15 000 nachmittags.
 - Freitag, den 19. Juli:
Nr. 15 001—15 500 vormittags,
Nr. 15 501—16 000 nachmittags.
 - Samstag, den 20. Juli:
Nr. 16 001—16 500 vormittags,
Nr. 16 501—17 000 nachmittags.
- Ausgabestelle Bismarckstraße 43, in dem Anwesen der Hofgutsverwaltung von Eckardt u. Sege.**
 - Montag, den 15. Juli:
Nr. 2001—2500 vormittags,
Nr. 2501—3000 nachmittags.
 - Dienstag, den 16. Juli:
Nr. 3001—3500 vormittags,
Nr. 3501—4000 nachmittags.
 - Mittwoch, den 17. Juli:
Nr. 4001—4500 vormittags,
Nr. 4501—5000 nachmittags.
 - Donnerstag, den 18. Juli:
Nr. 5001—5500 vormittags,
Nr. 5501—6000 nachmittags.
 - Freitag, den 19. Juli:
Nr. 6001—6500 vormittags,
Nr. 6501—7000 nachmittags.
 - Samstag, den 20. Juli:
Nr. 7001—7500 vormittags,
Nr. 7501—8000 nachmittags.

Die Ausgabezeit ist jeweils vormittags von 8 1/2 bis 11 1/2 Uhr und nachmittags von 2 1/2 bis 5 1/2 Uhr.

Genaue Beachtung der Ausgabestellen und der Zeit ist dringend notwendig. Die Anweisungen und Packmaterial, sowie das abgezählte Geld sind mitzubringen.

Karlsruhe, den 13. Juli 1918. 4146
Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.

Höchst- und Mindestpreise
giltig für den Verkauf auf den Märkten und in den Verkaufsgeschäften hiesiger Stadt in der Zeit vom
15. Juli bis 21. Juli 1918 einschließlich.

Gewürze	Stück	Gewürze	Stück
Hummerkopf	100-120 Pfund	Nettig	5-20 Bund
Koffmehl	40	Rabstschon	8-12 Bund
Beigehmehl	30*	Wasserpfeifen und Wiener	8-12 Bund
Witzing	30*		Stück
Spinat	30*	Gurken	70-90 Pfund
Erbsen, grüne	48*	Kabakker	25 Pfund
Kartoffeln, runde	40	Bisobeln mit Kohle	40
langstielige	35*	ohne Kohle	50
Note Speisekartoffeln	30*	Kunstreibenblätter	8
Gelbe	20	Mairüben	15*
Rüben, rote	30		
schwarze	40*		
		Obst	
Lopfkorn	12-20	Kirschen	50*
Endivien-Salat	15-25	Heidelbeeren	60*
		Himbeeren	30*
Sellerie mit Kraut	50	Johannisbeeren	45*
Schnittkohl	20	Stachelbeeren	45*
Mangold	20		

Beim Verkauf von runden Karotten und Roterrüben muß das Kraut bis auf 5 cm Länge abgeschnitten werden.

In allen Waren sowohl auf den Märkten wie in sämtlichen Verkaufsstellen sind die Preise in deutlich sichtbarer Weise auf festem Material anzubringen.

Das Zurückhalten angeblich verkaufter Ware ist verboten. Jede Ware, die auf dem Wochenmarkte ist, muß von Beginn und während der ganzen Dauer desselben im Kleinen an jedermann abgegeben werden.

Die mit einem Stern versehenen Preise sind Höchstpreise.
Karlsruhe, den 12. Juli 1918. 4148

Preisprüfstelle für Karfwaren.

Vaterländischer Hilfsdienst.

Jeder im Reichsgebiet wohnhafte männliche Deutsche oder Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie, der das 17. Lebensjahr vollendet, hat sich spätestens zwei Wochen nach diesem Zeitpunkt bei dem Einberufungsausschuß seines Wohn- oder Aufenthaltsorts zur Eintragung in die Nachweisung der Hilfsdienstpflichtigen zu melden.

Zu gleichem Zwecke hat sich jeder männliche Deutsche oder Angehörige der österreichisch-ungarischen Monarchie im Alter vom vollendeten 17. bis zum vollendeten 60. Lebensjahre, der nach dem 20. Dezember 1917 seinen Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in das Reichsgebiet verlegt, bei demselben Ausschuss zu melden, sofern er nicht zum aktiven Heere oder zur aktiven Marine gehört.

Die Meldung kann persönlich oder schriftlich erfolgen. Die schriftliche Meldung geschieht durch Abgabe der ordnungsmäßig ausgefüllten, vorgezeichneten Meldefarte an den Einberufungsausschuß des Wohn- oder Aufenthaltsorts oder durch Abgabe der ordnungsmäßig ausgefüllten, vorgezeichneten Meldefarte in offenem an den Einberufungsausschuß adressiertem, unfrankiertem Umschlag bei einer Postanstalt (Postagentur) gegen Aushändigung der ausgefüllten und gestempelten Meldefertigung. Diese Bestätigung ist sorgfältig aufzubewahren.

Die Leiter von öffentlichen oder privaten Anstalten (Straf-, Besserungs-, Heilanstalten usw.) mit Einschluß der geschlossenen Unterrichtsanstalten (Internate) werden auf die Vorschriften des § 5, des § 8 Abs. 4, des § 15 und des § 16 Abs. 2 der Verordnung hingewiesen.

Wer die Meldung schuldhaft unterläßt, kann vom Einberufungsausschuß mit einer Ordnungsstrafe bis 100 M und, wenn die Geldstrafe nicht beizutreiben ist, mit Haft bis zu drei Tagen bestraft werden. Gegen Festsetzung der Strafe findet Beschwerde an die beim Kriegsamte in Berlin N.N. 7, Friedrichstraße 100, errichtete Zentralstelle statt; die Beschwerde hat aufschiebende Wirkung.

Mit Gefängnisstrafe bis zu sechs Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 10 000 M wird bestraft, wer in der Meldung wesentlich unrichtige oder unvollständige Angaben macht.

Karlsruhe, den 16. Februar 1918. 2672
Das Bürgermeisteramt.

Pferdegestellung in Brandfäßen.

Alle Pferdebesitzer werden mit Rücksicht auf den derzeitigen großen Pferdemangel aufgefordert, im Falle eines Feueralarms ihre zur Verfügung stehenden Pferde nach dem nächstgelegenen Feuerhaus zu entsenden. Für die Dauer der Hilfeleistung wird die ordnungsmäßige Vergütung gewährt. Außerdem werden für die am schnellsten an den Feuerhäusern eintrafenden Pferde besondere Prämien bezahlt.

Diese betragen für das erste Pferd	Mk. 7.50
Für das erste Paar Pferde	15.00
Für das zweite Pferd	5.00
Für das zweite Paar Pferde	10.00
Für das dritte Pferd	4.00
Für das dritte Paar Pferde	8.00
Für das vierte Pferd	2.50
Für das vierte Paar Pferde	5.00
Für das fünfte, sechste, siebente und achte Pferd je	2.50

Es werden benötigt:

Am Feuerhaus Ziel 6	5 Paar Pferde
Hebelstraße 5	5
Geopolschule	2
Rebeninschule	2
Mühlbürgerchule	3

Karlsruhe, im April 1918. 3192
Der Stadtrat.

Daniels Konfektionshaus

Tel. 1846 Wilhelmstr. 34, 1 Treppe Tel. 1846
Grosse Auswahl. Keine Ladenspesen. 4145

Städtischer Stellennachweis für kaufmännische, technische und Büro-Angestellte.

Fernsprecher männliche Abteilung: 5538, weibliche Abteilung: 949.
Fähringerstraße 100, II. Stod.

Wir bitten die Behörden, Firmen, Geschäftshäuser und Kanzleien, von unserer Stellenermittlung reichlichen Gebrauch zu machen. Wir vermitteln unentgeltlich für Arbeitgeber und Arbeitnehmer kaufm., techn. und Bürooperational jeder Art. Verlangen Sie unverbindlich Zusendung von BewerbungsPapieren. 3664

Städt. Arbeitsamt
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Zähringerstr. 100.

Schlosser,

garnfondienst- oder arbeitsverwendungsfähig sofort gesucht.
Angebote unter Chiffre G. 1068 an die Expedition.

Annahmestellen:

Karlsruhe: Kaiser-Allee 37
(Anstalt), Rheinstr. 18, Gabelsbergerstr. 1, Schillerstr. 32, Kaiserstr. 34, 94, 243, Amalienstr. 15, Waldstr. 64, Jollystr. 1 (Hirschbrücke), Wilhelmstr. 32, Ludwig-Wilhelmstr. 5, Gerwigstrasse 46;
Durlach: Hauptstrasse 15;
Rastatt: Poststrasse 6;
Bruchsal: Wörthstrasse 6;
B.-Baden: Langestrasse 38,

Badischer Landeswohnungsverein

Ehrenvorsitzender: Prinz Max von Baden.

Oeffentliche Versammlung

im grossen Rathssaal zu Karlsruhe, am
Samstag, den 20. Juli, abends 8 1/2 Uhr.

Prof. Dr. med. H. Kraft:

„Bevölkerungspolitik und Wohnungsfrage.“

Der Vortrag eröffnet unsere vom 20. bis 22. Juli 1918 im Ständehaus stattfindende 8. Hauptversammlung, verbunden mit der

„Badischen Wohnungstagung.“
Männer und Frauen sind zu dem Vortrag über die gegenwärtig wichtigste soziale Frage — bei freiem Eintritt herzlich eingeladen.
Der Vorstand.

Fröbel-Seminar des Badischen Frauenvereins.

Karlsruhe, Girschstraße 126.

Kursus für Jugendleiterinnen mit Abschlußprüfung unter staatlicher Leitung. Beginn 1. November. Dauer 1 Jahr. Aufnahmebedingungen: Staatlich anerkannte Prüfung als Kindergärtnerin und 1 Jahr prakt. Arbeit in Kindergärten, Horten und ähnlichen Anstalten.

Kursus II für Kindergärtnerinnen gleichfalls mit Abschlußprüfung unter staatlicher Leitung. Beginn 1. November. Dauer 1 1/2 Jahre. Aufnahmebedingung: 10 Kl. höhere Mädchenschule.

Auskunft und Prospekt: Girschstraße 126.
Geschäftsstunden: Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 3-4 Uhr. 3504

Der Vorstand der Abteilung II des Bad. Frauenvereins.

Mädchen u. Frauen

für saubere Arbeit auf sofort gesucht.

Hans Dittenbacher
Gertwigstraße 53.

Eisendreher Hilfsarbeiter

Frauen für Maschinenarbeit

somit gesucht.

Geiger'sche Fabrik G. m. b. H.
4147 Karlsruhe, Augartenstraße 51.

Pfänderversteigerung.

Am Mittwoch, 17. Juli 1918, vorm. von 9 Uhr an findet im Kassenlokal des Rathhauses: Schwabenstr. 8, I. Stod. die

öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 14944 bis mit Nr. 16217 gegen Barzahlung statt.

Das Versteigerungslokal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. 4098

Die Kasse bleibt am Versteigerungstage, sowie am Nachmittag des vorhergehenden Tages geschlossen.

Karlsruhe, 10. Juli 1918.
Städt. Pfandleihkasse.

Ein zuverlässiger

Geizer

kann sofort eintreten bei
A. Pring,
Brauerei, Karlsruhe.

60 Pfennig.
10 Bäder Mk. 5.—

No
Der M
Später
nehmen.
mochten
schlossen,
seiner fr
ten. Präsi
schlußfre
ihm ist in
tischer Stel
also mit m
fen, daß di
des Reichs
berden ane
unvorherge
denften An
den s ver
die Aussch
wird damit
mentslos z
wird.
Der G
ma n n f r i
ungefeuren
tag erst in
häftig im A
Denkt man
Kämpfe in
vorlagen be
dünnen, daß
scheiden Wa
lärm in all
Der sog
Vorlagen d
ste u e r u m
heuerliche
und Brann
ihrem alten
tum anzun
Die Gesamt
Mehrheit a
Reichstag
hier geeig
Parteien be
esse der W
Schritt wei
Die Fo
unser gesam
dend sein.
dern: im B
gemeinen a
4 Milliard
schickt sich
was darau
Es ist
politisch
teresse an
wurde die
bedrückend
Frage, wann
In der
Reichstange
Erklärung
Er versichert
keit und Un
bekannte W
Belgien zum
Deutschlands
Wenn man d
Einfluß auf
Frise ausgeh
Wird Belgie
hergestellt, j
Osten oder
dern, daß ein
gebiet gewei
gebiet der G
der die Wi
der gegenw
hohen Einflu
ten lassen, j
tigung im
Von der Er
eine entschei
Alles in
beden große
demokratie
häftigkeit n
nicht entchie
Erklärungen
bedürfen im